Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil einteilt. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Frits Krob, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Sonnabend, den 29. Oktober | 1. Jahrgang · Nr. 254

Die Schandtaten der Schupo im Märzkampf.

Die Massenmorde und Menschenquälereien an gefangenen Arbeitern durch die Schupo von Augenzeugen vor dem Untersuchungsausschuß bestätigt. — Die Justiz hat bisher noch keinen dieser Zeugen trotz Anzeige vernommen und die meisten Verfahren gegen die grünen Mordgesellen eingestellt. — Der Untersuchungsausschuß will deshalb die Beweiserhebungen über Greueltaten der Schupo fortsetzen.

Gerichtet!

Den Vertretern der Bourgeoisie im Untersuchungsausschuß für Mitteldeutschland im Preußischen Landtag hat es schwere Ueberwindung gekostet, nach den Anklagen wider die Kommunisten und den Lobreden auf Hörsing und seine grüne Polizei nun auch die Erörterung der schmachvollen Mißhandlungen und Mordtaten zuzulassen, die bei der Niederschlagung des proletarischen Abwehrkampfes von dem mordgierigen Gesindel unter den Hörsingtruppen begangen worden sind. Gar zu gerne hätten sie weitere Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß abgewürgt unter dem Vorwand, daß der Ausschuß lange genug getagt habe. Die Vertreter der Bourgeoisie, der Hörsing durch seinen Märzfeldzug in Mitteldeutschland so unschätzbare Dienste geleistet hat und die bei aller christlichen Heuchelei selbst vom mörderischen Haß gegen die revolutionäre Arbeiterschaft erfüllt ist, wußten nur zu gut, daß bei einer Untersuchung der „standrechtlichen Erschießungen" die greulichsten Verbrechen aufgedeckt werden mußten. Und wenn schließlich der Untersuchungsausschuß doch zwei Tage für die Erörterung der Greueltaten der Schutzpolizei in Anspruch nehmen hatte, so hat er das nur notgedrungen, weil sich einmal die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses der Abwürgung der Verhandlungen mit aller Energie widersetzten und weil sonst die [illegible] Untersuchung der Mordgrüngesellen zur Feststellung der Wahrheit gar zu offensichtlich den Charakter einer parteiischen Untersuchungskomödie angenommen hätte.

Was in den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses am Donnerstag und Freitag über die standrechtlichen Erschießungen in Bischofrode, Schraplau, Querfurt, Schafstädt, Beesenstedt, Trebitz, Klostermansfeld, Gröbers, im Leunawerk, sowie über die Mißhandlungen im Höllen-Silo des letztgenannten Werkes ausgesagt worden ist — und zwar von den Zeugen entweder mit Ruhe und Bestimmtheit oder mit der Leidenschaftlichkeit des selbstgequälten —, darüber wird noch in allen Einzelheiten ganz ausführlich zu berichten sein. Wir haben die Bekundungen wegen ihrer Wichtigkeit für das mitteldeutsche Proletariat stenographisch aufnehmen lassen und werden den Bericht unseren Lesern durch Abdruck in Fortsetzungen zur Kenntnis bringen. Das ist um so mehr nötig, als die bürgerliche Presse diesmal über den Untersuchungsausschuß gar nicht oder nur außerordentlich summarisch berichtet. Man weiß, warum diese Zurückhaltung geübt wird. Es ist die alte Methode der bezahlten Journaille, die Gegner erst zu verdächtigen und dann die Zerreißung des gesponnenen Lügengewebes zu verhindern. Wir beginnen an anderer Stelle mit der Wiedergabe des Berichtes. Wir sind überzeugt, unsere Leser werden ihn nicht nur selbst lesen, sondern auch ihren bekannten SPD.- und USP.-Arbeitern zugänglich machen. Die müssen jetzt erfahren, was die Wahrheit über den Märzkampf ist.

Hier sei zunächst hervorgehoben, was an Tatsächlichem in bezug auf die zur Untersuchung gestellten Mordfälle durch die Vernehmung von Augen- und Ohrenzeugen festgestellt worden ist:

Daß die acht bei Bischofrode standrechtlich erschossenen Arbeiter sich waffenlos als Gefangene in den Händen der Schupo befunden haben; daß sie, ohne Feststellungen ihrer Personalien, bereits wenige Minuten nach der Festnahme, niedergeknallt wurden und daß einem der Erschossenen Schuhe und Ledergamaschen von den Füßen gezogen und durch die Schupo gestohlen worden sind.

An der Ermordung der sechs Arbeiter in Schraplau besteht jetzt ebensowenig noch der geringste Zweifel. Einer, der auch bereits dem Tode geweiht schien, ein unabhängiger Konsumvereinslagerhalter, bezeugte, innerlich erregt, die entsetzlichen Stunden und die Qualen, die die Gefangenen ausstehen mußten, ehe man sie ermordete. Ein Fuhrmann, bürgerlicher Gesinnung, hat die furchtbaren Schmerzensschreie der Opfer aus dem Kalkofen über große Entfernung gehört. Viele andere Zeugen hörten die Schüsse knallen, nach denen man die Leichen der erschossenen Arbeiter auffand. Und der Arzt, der die Leichen auf die Todesursache zu untersuchen hatte, bezeugte nicht nur, daß fast alle mehrere tötliche Schüsse aufwiesen, sondern daß an der Leiche des Arbeiters Poblenz nach erfolgter Erschießung durch Ober- und Unterkleider hindurch anschreinend mit einem Messer die Bauchdecke in der Leistengegend zerschnitten und die Gedärme mit Gewalt herausgezogen worden waren.

Vom Leunawerk haben eine Reihe Augenzeugen nicht nur die diebischen Menschenquälereien des Tag und Nacht prügelnden Oberwachtmeisters Heim von der Düsseldorfer Schutzpolizei in allen Einzelheiten bestätigt, namentlich die Grausamkeiten an einem Gefangenen aus Gröbers, sondern auch die Erschießung von elf Arbeitern, die man nach der Einnahme des Werkes waffenlos gefangengenommen hatte. Einem Arbeiter, bei dem eine Pistole gefunden wurde, wurde auf der Stelle mit dem Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen, ein anderer wurde durch die Schutzpolizei gezwungen, sich selbst durch einen Revolverschuß in die Schläfe zu töten, ein dritter Arbeiter, dem man das Gleiche zugemutet hatte und der sich weigerte, Selbstmord zu begehen, ist mit Gewehrkolben zu Tode geschlagen worden. Sanitätern, die sich um die Verwundeten bemühen wollten, hat man unter Drohungen gehindert, dies zu tun.

In Querfurt ist der Arbeiter Peter nach schweren Mißhandlungen als Gefangener der Schupo erschossen worden.

Der Lagerhalter Straube wurde, nachdem Schupomannschaften aus dem Laden des Konsumvereins eine Wagenladung Waren geraubt hatten, von dem rechtssozialistischen Bürgermeister-Stellvertreter mit der Bemerkung angereizt, dort sei das Proviantamt der Roten Armee, entsetzlich mißhandelt und in der Nähe der Zuckerfabrik Schafstädt zusteich mit einem anderen Gefangenen vorsätzlich erschossen. Laut soll wurden die sonst so geschwätzigen Ausschußmitglieder, als die Stimme des Gemarterten den Hut auf den Tisch des Hauses niederlegte, den Straube auf seinem Letzten Gange getragen hat, der [illegible] und das Dokument für die Brutalität der Peiniger mehr sprach, als Menschen hätten reden können.

Nach dem Gefecht bei Beesenstedt wurden dort gefangen eingeschaffte Arbeiter erschossen, darunter Kriegsvorsteher Schönemeyer aus Trebitz, Sanitäter Kurt Herzau aus Bitterfeld und Arbeiter Gustav Thielecke aus Löbnitz. Der Amtsvorsteher von Beesenstedt, ein bürgerlicher Mann, sowie zwei frühere Schupobeamte (die nach dem Märzkampf als „ungeeignet für die Schupo" entlassen worden sind!), bezeugten in allen Einzelheiten, wie man einen von den letzteren kaltblütig und mit voller Ueberlegung „auf der Flucht" erschossen hat. Der Schupobeamte deckte restlos die Tätigkeit der Abteilung v. d. Tann auf, die eine einzige Kette von Brutalitäten ist und man erfuhr dabei auch, daß die dieser Abteilung angehörigen Zeitfreiwilligen auf Anstiftung ihres Führers (vermutlich bei Mücheln) einen jungen Arbeiter, der als Gefangener in ihrer Hand war, erschossen und den Leichnam in die Saale geworfen haben.

So kurz die Beweisaufnahme über die Erschießung des Ortsvorstehers Müller in Klostermansfeld war (von dem selbst bürgerliche Zeugen bekunden mußten, daß er sich gegen den Kampf der Arbeiter mit der Waffe erklärt hatte), so furchtbar waren die Schilderungen von drei Augen- und Ohrenzeugen. Ein Düsseldorfer Schupowachtmeister hat schon am Morgen des Mordtages erklärt, „daß man heute Müller das Fell über die Ohren ziehen wolle". Die Zeugen haben gesehen, wie man Müller zur Nachtzeit aus dem Standquartier der Schupo ins Feld hinausführte. Sie sagten einander, daß dies wohl sein letzter Gang sei. Aber niemand wagte ein Wort für den todgeweihten, von ihnen für schuldlos gehaltenen Mann einzulegen, weil alles im Ort vor der Brutalität der Schupo zitterte.

Und als endlich ein früherer Schupobeamter den bei Gröbers verübten Meuchelmord am Amtsvorsteher Mosenhauer von Osmünde schilderte, als er mit überzeugender Ruhe erzählte, wie der Wachtmeister Böhm vor versammelter Hundertschaft den Mann vom Wege abjagte und ihn dann durch einen wohlgezielten Karabinerschuß niederstreckte, nachdem man ihm mit schweren Gegenständen den Kopf über und über blutig geschlagen hatte, da kam gleichzeitig noch ein zweiter Mordanbie Oeffentlichkeit, der bei Schkeuditz von der Schupo verübt worden ist und von dem bisher nichts bekannt war.

•

Angesichts dieser furchtbaren Feststellungen durch Zeugen, deren Zuverlässigkeit anzuzweifeln nur der Deutschnationale Kaufmann die Stirn besaß, mußte der Untersuchungsausschuß von seinem ursprünglich gefaßten Plane, nur zwei Tage auf die Beweisaufnahme über Grausamkeiten der Schutzpolizei zu verwenden, abgehen. Der Antrag unserer Genossen auf Fortsetzung der Zeugenvernehmungen, vornehmlich über weitere Erschießungen und Mißhandlungen im Leunawerk und Mansfeld, der gestützt wurde auf neu eingelaufenes bergehohes Material von Augenzeugen, meist Opfern der grünen Soldateska und der begründet wurde mit der Feststellung, daß die Justiz in der Verfolgung der uniformierten Verbrecher vollkommen versagt habe, wurde stattgegeben in der Weise, daß unsere Genossen aufgefordert wurden, dem Ausschuß zur nächsten Sitzung neue Beweisanträge vorzulegen.

Vergebens war die Sorge der Deutschnationalen um die „einseitige Belastung" der Schupo. Man sagte ihnen, sie sollten Entlastungszeugen benennen, wenn es solche gäbe. Vergebens war die Sorge des Ordnungskommissars Weismann, daß der Ausschuß sich „unnötige Arbeit" mache, wenn er Beweise erhebe, zu denen die Gerichtsbehörden unbedingt berufen und verpflichtet seien. Die Welt muß und wird Gelegenheit bekommen, bis auf den Grund des Morastes zu sehen, in dem die bürgerliche Gesellschaft steckt, die sich zu ihrer Erhaltung des schamlosesten Verbrechertums bedienen muß.

Die bürgerliche Presse hat bisher zu all den Verbrechen der blutrünstigen Orgeschbestien unter der Schutzpolizei geschwiegen. Wenn sie jetzt über die Ergebnisse der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses berichten muß, wird ihr das äußerst unangenehm sein. Die kommunistische Presse aber, die bisher bemüht war, die Mordverbrechen und das Verhalten der Klassenjustiz an das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen, wird stranguliert, wenn sie, wie das letzte Verbot des „Klassenkampf" durch den „Sozialdemokraten" Hörsing beweist, die Verbrechen staatlicher Schutzorgane und das Verhalten der Justiz als Zustände des „freiesten Staates der Welt" abstrophiert. Der Arbeiterschaft müssen diese Tatsachen immer wieder vor Augen gehalten werden, damit sie den Wert der kommunistischen Presse erkennt und sich bewußt wird, daß sie dem [illegible] Staate und seinen sozialverräterischen Stützen [illegible] gegenüberstehen muß!

Von den [illegible] wurde im Untersuchungsausschuß folgender Antrag eingebracht, bei einstimmiger Annahme fand:

Der Ausschuß wolle beschließen, beim Landtag zu beantragen, das Staatsministerium folgendes Ersuchen zu richten:

Nachdem in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses über die Märzunruhen am 27. und 28. Oktober eine große Anzahl von Zeugen Bekundungen des Inhalts gemacht haben, daß bei der Niederwerfung des Märzaufstandes von einzelnen Abteilungen der Schutzpolizei willkürliche Erschießungen Gefangener vorgenommen, sowie Grausamkeiten und Mißhandlungen in großer Anzahl begangen worden sind, wird das Staatsministerium ersucht:

1. Mit aller Beschleunigung Ermittlungen darüber anzustellen, welche Abteilungen der Schutzpolizei bei den in Frage kommenden Vorfällen beteiligt gewesen sind;

2. ebenso beschleunigt zu ermitteln, welche Beamten sich rechtswidrige Handlungen haben zuschulden kommen lassen oder als Vorgesetzte geduldet haben;

3. für schuldig befundene Beamte aus der Schutzpolizei rücksichtslos zu entfernen;

4. in allen Fällen, wo Verstöße gegen das Strafgesetz vorliegen, die Staatsanwaltschaft mit deren Verfolgung zu beauftragen;

5. dem Landtag über das Ergebnis der Ermittlungen alsbald Bericht zu erstatten.

Man merkt die Absicht dieses Antrages. Sie ist eine andere als nach dem Wortlaut scheint. Aber den Lobrednern der Noske, Severing und Hörsing wird es nicht gelingen, mit dieser papierenen Aktion das Schandmal zu entfernen, daß sie sich ihren bloßgestellten Führern und ihrer Partei mit der Provozierung des Märzkampfes und der grausamen Hinrichtungsarbeit an den Kommunisten in Mitteldeutschland aufgedrückt haben! Und die Arbeiterschaft wird nicht ruhen, bis die ganze Wahrheit restlos ans Licht des Tages gezogen, die scheußlichen Verbrechen an ihren Kampfgenossen gesühnt und allen eingekerkerten Märzkämpfern die Freiheit wiedergegeben sein wird.

Das Standgericht in Bischofrode.

Zuerst wird der Bergmann Jul. Zettel vernommen. — Zeuge: Ich habe gesehen, daß sieben Mann erschossen worden sind. Es schwärmten etwa 50 Sipomannschaften aus und gingen nach dem Hornburger Wege, wo ich wohne. Ich konnte sie durch das Fenster beobachten, und in diesem Moment kamen fünf Flüchtlinge in mein Haus gelaufen. Sie waren etwa zwei Minuten in meinem Hause, als die Schupo hinterher kam. Sie wurden mit hocherhobenen Händen hinausgeführt. Dann sind die sieben Mann in eine Reihe gestellt worden; rechts und links wurde alles frei gemacht und sie sind dann erschossen worden. — Vors.: Haben Sie das gesehen? — Zeuge: Das habe ich gesehen. — Vors.: Hatten die fünf Mann, die in Ihr Haus geflüchtet sind, Waffen bei sich? — Zeuge: Nein, aber Infanteriemunition. — Vors.: Kannten Sie die fünf Personen? — Zeuge: Die fünf Mann waren aus Wolferode, das liegt etwa dreiviertel Stunden von Bischofrode entfernt. — Vors.: Wissen Sie, weshalb die fünf Mann geflüchtet sind? — Zeuge: Nein. Vors.: Haben sie Widerstand geleistet? — Zeuge: Nein, sie haben gebarmt um ihr Leben. — Vors.: Wo sind die fünf Mann hingestellt worden? — Zeuge: Etwa 50 Meter von meinem Grundstück entfernt. Als sie erschossen wurden, mußte ich zum Hauptmann kommen. — Vors.: Wissen Sie, was das für eine Hundertschaft war? — Zeuge: Nein. — Ein Abgeordneter: Wer war der Führer von den Leuten der Schupo, die die Leute erschossen haben? — Zeuge: Das war ein Hauptmann. — Abg.: Ist der Hauptmann auch bei der Erschießung zugegen gewesen? — Zeuge: Ja. — Abg.: Waren vorher Kämpfe auf der Straße? — Zeuge: Ich habe keine gesehen. — Abg.: Haben Sie gesehen, daß geschossen wurde?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0001

– Zeuge: Ich habe bloß gesehen, daß die Schupo geschossen hat. — Abg.: Die Leute flüchteten sich in Ihr Haus? – Zeuge: Ja. — Abg.: Ich möchte Sie fragen, welcher Parteirichtung Sie angehören? — Vors.: Diese Frage möchte ich beanstanden. Ich habe noch nie solche Fragen gestellt. — Genosse Kilian: Können Sie die Zeit angeben, die zwischen der Ergreifung der Flüchtlinge in Ihrem Hause und der Erschießung gelegen hat? – Zeuge:

Das hat keine fünf Minuten gedauert!

Abg.: Haben Sie die fünf Mann, die in Ihr Haus geflüchtet sind, persönlich gekannt? (Der Abg. zeigt dem Zeugen die Zeitschrift „Die Woche", Heft 14 vom Jahre 1921, in der sich auf Seite 816 ein Bild mit den Erschossenen befindet, und fragt ihn, ob die abgebildeten zwei Männer unter den Erschossenen gewesen sind.) — Zeuge (bestimmt): Ja, das sind die beiden Männer. — Abg.: Wußten Sie bereits vorher, daß die beiden Männer, die unter den Erschossenen gewesen sind, in der „Woche" abgebildet sind? — Zeuge: Nein. Ich sehe das Bild heute zum ersten Male und habe die beiden sofort wiedererkannt. — Abg.: Sie haben selbst gesehen, daß die Leute Munition bei sich hatten? — Zeuge: Ja. — Abg.: Ist die Erschießung von der Schupo ganz ungeregelt vorgenommen worden oder ist eine besondere Kompagnie zusammengestellt worden? — Zeuge: Zehn Mann haben sich ordnungsgemäß nebeneinander aufgestellt. — Vors.: Nur so zehn Mann sind angetreten oder die anderen auch? — Zeuge: Die anderen standen im Halbkreise herum. — Abg.: Wer gab das Kommando zum Feuern? — Zeuge: Das weiß ich nicht.

Zeuge Ludwig Seelig, Landwirt: Es war am ersten Oktobertage, abends nach 5 Uhr. Ich war bei einem Fleischermeister. Auf dem Heimwege hörten wir Artillerieschüsse. Als wir nach dem Garten kamen, schwärmte Schupo über das Feld aus. Ein junger Mann, der dort stand, zog sein Taschentuch und winkte damit nach der Schupo. Die Schupo hatte sich dann nach der Richtung des Zettelschen Hauses gezogen. Etwa 20 Mann, darunter auch einige Reiter, kamen durch das Gehöft. Und als die Schupo wieder auf der Dorfstraße erschien, da machte sich auf einmal Feuer bemerkbar hinter dem Dorf, hinter dem Gute, etwa 800 Meter weg hörten wir Infanterieschüsse. Wir gingen dann hinten herum und wie wir durch die Tür kommen, da sehe ich an der Feldscheune einige Arbeiter anrücken, wieviel es waren, kann ich nicht sagen. Die Schupo schoß auf die Leute. Sie gingen dann in das Haus von Zettel hinein. In der Zeit bin ich fortgelaufen bei Fleischermeister war ebenfalls bei mir. Und als ich um das Haus herum war, vielleicht 50 Schritte von der Sipo entfernt, brachten sie die Arbeiter heraus. Wieviel es waren, kann ich nicht sagen. Sie schoben sie vor sich hin. Einer von ihnen heißt Dietrich. Ich erkannte ihn, als ich ihn später tot sah, an den gelben Gamaschen, die er getragen hat. Ein Schupobeamter nahm dem Dietrich Patronen aus der Tasche, dann riefen sie „Hände hoch", 20 Schritte von mir stellten sich etwa 20 Schupopolizeibeamte hin. Die Arbeiter wurden beiseite geschoben, dann knallte es und die Gefangenen brachen zusammen. Als die Schupo weg war, etwa nach zehn Minuten, sah ich sieben Arbeiter daliegen, zwischen ihnen den Dietrich.

Dem hatten die Schupo die gelben Gamaschen und auch die Schuhe ausgezogen.

Am zweiten Osterfeiertage kam mein Bruder, der Nachtwächter und Totengräber ist. Er sagte mir, sie sollten die Erschossenen holen, ob die Arbeiter sich daran beteiligen wollten. Ich bin mitgegangen, da haben wir sieben weggeholt. Der achte lag etwa 600 Meter weiter ab unten. Es war ein junger Mensch von etwa 19 Jahren, den ich nicht kenne. Einer war aus Helbra mit einem polnischen Namen. — Vors.: Hatten die Leute, die von der Scheune weglaufen, mitgekämpft? — Zeuge: Otto Kühne, Bergmann, hat mir gegenüber geäußert, daß er von seinem Gehöft gesehen hat, daß die Leute mit Gewehren gegen die Schupo gekämpft haben. Ob es [illegible] die erschossen worden sind, kann ich nicht sagen. — Vors.: Es ist also möglich, daß die Leute gekämpft haben, daß sie wissen es nicht. Aber daß man Dietrich Patronen aus der Tasche gegangen hat, wurde gesehen? — Zeuge: Ja.

Verteidiger: Sind Sie in der Abg.-Angelegenheit schon gerichtlich vernommen worden? — Zeuge: Nein. An der Sache nicht. — Vors.: Wissen Sie, von welcher Abteilung die Schupo war? Zeuge: Auf meine Fragen hörte ich, daß sie aus Halle gekommen sind. — Vors.: Haben Sie die Erschießung gesehen [illegible] — Zeuge: Ich habe kein Kommando gehört. — Vors.: Waren die, welche die Erschießung vorgenommen, angetreten. Zeuge: Das kann ich so genau nicht sagen. Sie haben durcheinander gestanden. Die Arbeiter hatten nicht einmal Zeit die Hände hochzuheben, so schnell ging die Erschießung. — Vors.: Wie standen die Erschossenen? — Zeuge: In einer Reihe, mit dem Gesicht nach der Schupo. Die Arbeiter lagen nachher tot durcheinander, einer hatte die Hände hoch erhoben. Einer lag etwa 10 bis 15 Schritte davon.

Da er noch nicht gleich ganz tot war, gaben sie noch zwei Schüsse mit der Pistole auf ihn ab.

Vors.: Sie nannten verschiedene Namen der Erschossenen. Wissen Sie, woher diese waren? — Zeuge: Von Wolferode, ich kannte sie von Besuchen dort. Wolferode liegt etwa 25 Minuten von Bischofsrode entfernt. Ich habe die jungen Leute nachmittags um 3 Uhr in Bischofsrode gesehen, einige — drei ganz bestimmt — hatten Gewehre. — Vors.: Sie sind doch sicher nach Bischofsrode gekommen, um zu kämpfen? — Zeuge: Wir haben beobachtet, als in Wolferode das Maschinengewehrfeuer gehört wurde, da kamen die Arbeiter zu Hunderten über unsere Flur gelaufen, zum Teil mit, zum Teil ohne Gewehre. Viele haben sich verzogen, sie sind in den anderen Orten geblieben. — Vors.: War es noch hell, als die Sieben erschossen wurden. Wissen Sie, wie der achte Mann zu Tode gekommen ist? — Zeuge: Nein. — Vors. (zeigt ihm das Bild in der „Woche" mit den abgebildeten Erschossenen): Kennen Sie die Leute? — Zeuge: Einer von den sieben Erschossenen ist sicher Pawlack. Es ist der am rechten äußersten Bildrand befindliche. — Genosse Kilian: Können Sie uns die Zeitspanne angeben, die zwischen der Ergreifung im Zettelschen Hause und der Erschießung lag? — Zeuge: Es waren kaum zwei Minuten. Die Leute liefen übers Feld, in Zettels Haus hinein. In dem Moment, als ich hinzukam, das sind vielleicht 200 Schritt, holten sie die Leute heraus, schoben sie vor sich her und dann knallte es auch schon. Es sind also höchstens zwei Minuten vergangen.

Hierauf entspinnt sich ein Disput zwischen dem Abg. Liebknecht und dem Vorsitzenden über die Vereidigung der Zeugen, in dessen Verlauf Genosse Kilian den Antrag stellt, die Zeugen, die über die Grausamkeiten der Sipo aussagen, zu vereidigen. Man einigt sich dahin, daß die Vereidigung der Zeugen nach Abschluß der ganzen Vernehmung vorgenommen werden soll, worauf Genosse Kilian seinen Antrag zurückzieht.

Der nächste Zeuge ist Sanitätsrat Dr. Hagemann, Arzt in Eisleben: Ich habe die Leichenbesichtigung vorgenommen, die Erschießung habe ich nicht gesehen.

Die Leichen wiesen ein, zwei, drei, einige sogar vier bis fünf Schüsse auf.

Woher die Schüsse stammen, weiß ich nicht; es wurde gesagt, die Betreffenden seien standrechtlich erschossen worden. — Vors.: Von wem sind Sie beauftragt worden, die Leichenbesichtigung vorzunehmen? — Zeuge: Von der Polizeibehörde. Die Leichen mußten zur Bestattung freigegeben werden und infolgedessen mußte ein Totenschein ausgestellt werden. — Vors.: An wen haben Sie den Leichenbefundsbericht abgeliefert? — Zeuge: Der Amtsvorsteher von Wimmelburg hat das Protokoll bekommen. Die Leichen waren schon, als ich sie besichtigte, nach der Leichenhalle Wolferode geschafft; es war bereits drei bis vier Tage später. Ich habe die acht Leichen nur angesehen; eine Obduktion habe ich nicht vorgenommen. — Vors.: Was haben Sie an den Leichen bezüglich der Todesursache festgestellt? — Zeuge: Verschiedene hatten Kopfschüsse, einige Bauch- und Brustschüsse. Die Todesursache war bei sämtlichen Schußwunden. — Vors.: Welche Leichen hatten einen und welche vier bis fünf Schüsse? — Zeuge: Die meisten Toten hatten mehrere Schüsse. — Vors.: Haben Sie etwas über die Richtung der Schüsse festgestellt, ob die Schüsse von hinten oder von vorn abgegeben worden sind? — Zeuge: Darauf habe ich nicht so geachtet. Die meisten Schüsse waren von vorn, einzelne waren seitlich, bei einem Kopfschuß. — Vors.: Waren die Schüsse überwiegend unbedingt tödlich? — Zeuge: Das kann ich nicht so bestimmt sagen. Die Kopfschüsse waren wohl sofort tödlich. — Vors.: Ich weiß aus dem Felde, daß Schußwunden im Kampfe nicht immer tödlich sind, wenn aber jemand standrechtlich erschossen wird, sie wohl absolut tödlich sind. — Abg.: Erinnern Sie sich, daß eine Leiche auch Revolverschüsse aufwies? — Zeuge: Es ist mir nicht aufgefallen, daß ein Schuß aus nächster Nähe abgegeben worden ist. — Vors.: Läßt sich ein Revolverschuß von einem Gewehrschuß unterscheiden? — Zeuge: Wenn die Schüsse aus der Nähe abgegeben werden, ja, sonst wohl nicht. — Abg.: Wohin ist das Attest gekommen? — Zeuge: Das hat offenbar der Amtsvorsteher bekommen; ich weiß nicht, wer das ist. Der Betreffende war in der Leichenhalle und ich habe ihm das Attest gegeben. — Abg.: War das eine Privatperson oder der Amtsvorsteher? — Zeuge: Ich nehme an, daß es der Amtsvorsteher war. — Abg.: Wer hat das Attest bezahlt? — Zeuge: Das hat die Gemeinde Wolferode bezahlen müssen. — Genosse Kilian: Sind Sie schon von der Polizei oder von einer anderen Behörde vernommen worden? — Zeuge: Nein.

Zeuge Heinrich Fleer, Gemeindevorsteher aus Helbra: Unter den von der Schupo Erschossenen befand sich der Bergarbeiter Weiner. Dieser ist kurz vorher in Helbra von einem Schupobeamten

mit einem Strick an ein Pferd gebunden worden

und in der Richtung nach Bischofrode transportiert. (Zeuge erkennt dann auf dem Bilde in der Woche einen gewissen Pawlack, der hinterste auf dem Bilde und Weiner, der vorderste auf demselben. — Vors.: Wissen Sie, was weiter mit diesen geschehen ist? — Zeuge: Nein. Weiner hat nachher bei den sieben Erschossenen in Bischofsrode gelegen. — Vors.: Wissen Sie, warum beide verhaftet worden sind? — Zeuge: Durch Denunziation. Pawlak war ja ein Mensch, der im schlechten Rufe stand. Er war Russe, ebenso war Weiner Ausländer, lebte aber von Kindesbeinen an dort. — Vors.: Sie wissen nicht, ob sich beide am Aufstand beteiligt haben? — Zeuge: Nein. Soweit ich weiß, hat sich Weiner nicht am Kampf beteiligt. — Abg.: Hat man die Leute ans Pferd gebunden, nachdem man sie mißhandelt? — Zeuge: Während sie ans Pferd gebunden wurden, hat man sie mit dem Kolben ins Kreuz gestoßen. Was weiter noch geschah, weiß ich nicht. Ich stand 50 Meter davon entfernt. Die Schupo ist dann abgeritten.

(Fortsetzung des Berichts in der Montag-Ausgabe.)

Aus Krähwinkels Schreckenstagen.

Eine unerhörte polizeiliche Anmaßung!

Gestern mittag ging dem Verlag des „Klassenkampf" folgendes Dokument zu:

Die Polizeiverwaltung. **Halle, den 27. Oktober 1921.**
PV. Nr. K. 86/21.

Auf Anordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen wird das unterm 25. Oktober 1921 ergangene Verbot des Erscheinens des „Klassenkampfes" mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Sollte die Zeitung „Klassenkampf" jedoch weiter fortfahren, die Regierung und ihre Organe in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und verächtlich zu machen, so erfolgt das Verbot der Zeitung aufs Neue und zwar auf längere Zeit.

An den Verlag des „Klassenkampfes".
hier. **Völth.**

Das bedeutet, daß sich der rechtssozialistische Polizeidirektor Völth anmaßt, der kommunistischen Presse einen regelrechten Maulkorb vorzuhängen. Er kann sich das erlauben, weil immer noch die „Verordnung des Herrn Reichspräsidenten" vom 28. September 1921 besteht. Diese Verordnung wurde seinerzeit geschaffen, um angeblich eine Handhabe gegen die Gewaltpolitik der monarchistischen Putschisten zu haben. Das vorstehende Dokument beweist aufs neue, daß die Verordnung in erster Linie gegen die kommunistische Presse gerichtet ist.

Damit enthüllt sich der ganze Theaterkampf der Regierungssozialistischen gegen die Orgelchparteien als verlogenste Heuchelei. Schutz des kapitalistischen Ausbeuterstaates auch vor der leisesten „Herabwürdigung" oder „Verächtlichmachung" (und sei es auch nur durch unschuldig-winzige Gänsefüßchen) — darin besteht die wahre Tätigkeit der Rechtssozialisten. Diese Leute gefallen sich in der Rolle der Kettenhunde des allbeherrschenden Stinnesstaates, sie markieren die Nachkommen jener Krähwinkler, von denen Heinrich Heine sang:

Vertraut Eurem Magistrat,
der fromm und liebend schützt den Staat
durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemtes, stets das Maul zu halten.

Schließlich aber hat die Arbeiterschaft auch noch ein Wörtchen mitzureden. Sie entscheidet letzten Endes selber darüber, ob ihr Sprachrohr erscheint oder nicht!

die Bestellung aufzugeben für den

Klassenkampf

mit seinen bekannten drei Beilagen:

Leben • Wissen • Kunst
Kämpfende Jugend
Die kommunistische Frau

frei Haus gebracht monatlich 7 Mark

Kappist Schiele aus der Haft entlassen.

Nach der Leipziger „Freien Presse" ist der vor einigen Wochen wegen Beteiligung am Kapp-Putsch verhaftete Arzt und Volkswirtschaftler Dr. Schiele aus Naumburg vom Oberreichsanwalt gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mk. aus der Haft entlassen worden.

Die Kappverbrecher können vermöge ihres Geldbeutels und ihrer Hintermänner sich einen lustigen Tag in voller Freiheit machen. Proletarier bleiben im Gefängnis, selbst wenn sie krank und elend sind. Justiz im freien Deutschland!

Die Arbeiter befreien einen verhafteten Kommunisten.

In Suhl wurde Genosse Wolf, Parteisekretär, nach einer Versammlung unter starkem Polizeiaufgebot verhaftet. Genosse Wolf wollte gerade sein Mittagessen einnehmen, als der ganze Gasthof mit Polizeibeamten umstellt wurde. Ueber die Verhaftung gerät die angesammelte Menschenmenge in große Erregung. Nachdem zwei Polizeibeamte Genossen Wolff an beiden Armen umklammert hatten, ging er unter Bedeckung des gesamten Polizeiaufgebots freiwillig mit. Auf dem Wege zum Amtsgerichtsgefängnis stellte sich die gesamte Masse quer über die Straße, so daß die Polizei dieser Situation nicht mehr Herr war. Trotzdem kam es nicht zu Tätlichkeiten. Endlich ließ die Polizei, da sie einsah, gegen den Massenwillen nicht ankämpfen zu können, Genossen Wolff auf freien Fuß. Der Grund seiner geplanten Verhaftung ist nicht bekannt.

Die Polizeibeamten für die Einheitsfront der Beamten.

In Frankfurt a. M. im Zoologischen Garten fand eine stark besuchte Versammlung der blauen und grünen Polizeibeamten statt. Wachtmeister Weidmann berichtete von den Berliner Verhandlungen, nach denen alle bisher bestehenden Verbände in einen einzigen zusammengeschlossen werden sollen. Eine Abstimmung ergab die einmütige Zustimmung der Frankfurter Polizeibeamtenschaft zu den Berliner Beschlüssen. Eine Resolution wurde angenommen, die wie folgt lautet:

„Die Schutzpolizeibeamtenschaft verlangt in beamtenrechtlicher Beziehung mit den anderen Polizeibeamten Gleichstellung und wird jede Ausnahmestellung und Behandlung durch die Beamtengewerkschaft bekämpfen . . ."

Die Oppauer Untersuchungskomödie.

Der Ausschuß zur Untersuchung der Oppauer Katastrophe und die kommunistische Kritik.

Am Freitag, dem 21. Oktober, tagte im Reichstag der Parlamentarische Ausschuß zur Untersuchung der Oppauer Katastrophe. (34. Ausschuß.) Der Zweck der Sitzung war, Stellung zu nehmen zu den Vorwürfen und Angriffen, die in der kommunistischen Presse gegen den Ausschuß erhoben wurden, und darüber zu beraten, wie die Verhandlungen weitergeführt werden sollen.

Im Mittelpunkt der Attacke stand der Artikel in der kommunistischen Presse: „Die Untersuchungskomödie des Oppauer Verbrechens". (Vergl. „Klassenkampf" Nr. 240 vom 18. Oktober.) Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Schwarzer (Bayr. Volkspartei), bezeichnet den Artikel als eine gehässige, unwahre Berichterstattung, die die guten, ehrlichen Absichten und die pflichtgemäßen Bemühungen des Ausschusses in den Schmutz ziehe. Er nehme an, daß der Artikel nicht von einem Mitgliede des Ausschusses ausgehe. Der Abg. Semmler (Dn. Vp.) hält eine wütende Rede gegen die Kommunisten, in der er fordert, daß der Reichstag sofort gegen die kommunistische Presse und die kommunistische Organisation vorgehen müsse. Vor allem müßte aber auch gegen die kommunistischen Abgeordneten eingeschritten werden, die nicht mehr länger unter dem Schutze der Immunität stehen dürften. Er beantragte, daß der Vertreter der kommunistischen Partei aus dem Ausschusse ausgeschlossen werde. Es könne niemanden zugemutet werden, mit Kommunisten in Kommissionen zusammenzuarbeiten.

Genosse Remmele bekennt sich als Verfasser des Artikels.

Abg. Remmele (Kommunist) bekennt sich als Verfasser des angefochtenen Artikels und ist bereit, die Richtigkeit und Wahrheit aller in der kommunistischen Presse erschienenen Behauptungen in der Oppauer Sache zu beweisen. Er ersuchte den Ausschuß, sofort in eine detaillierte Beratung seiner Behauptungen in dem Artikel einzutreten, dann werde er Punkt für Punkt, Behauptung um Behauptung beweisen. Er erhebe auch heute wieder alle die Vorwürfe und Anschuldigungen gegen den Ausschuß, wie er sie in jenem Artikel erhoben habe. Der Ausschuß habe eine objektive einwandfreie Untersuchung sabotiert. Er verweist auf seine Proteste gegen die Sachverständigen, zu denen man die angeschuldigten Direktoren der Anilinfabrik berufen habe, er zählt nochmals die zahlreich von ihm gemachten Forderungen auf, um Einvernahme von Zeugen und um Prüfung der Anlagen und des Anklagematerials, die der Arbeiterausschuß der Anilinfabrik erbracht hatte, die von dem Ausschusse alle abgelehnt wurden. Er verweist auf seinen Protest, die Verhandlungen nicht dort abzubrechen, wo die wichtigsten Feststellungen zu machen waren, also, wie wenig es aber dem Ausschusse um eine sachliche Prüfung der Dinge ankomme, beweisen die Ausführungen des Abg. Semmler, der die wüstesten Anwürfe erhebt, ohne die dem Ausschusse gemachten Vorwürfe aus eigener Kenntnis der Angelegenheit zu kennen. Abg. Semmler war bei den Verhandlungen in Ludwigshafen und Oppau gar nicht dabei, kann also nicht beurteilen, ob die Vorwürfe in dem Artikel berechtigt sind oder nicht! Alle die Drohungen, der Antrag auf Ausschluß der Kommunisten aus den Ausschüssen, die Drohung der Aufhebung der Immunität und gerichtlicher Verfolgung, all das würde ihn nicht hindern, an den Handlungen des Ausschusses seine Kritik zu üben. Für ihn komme nicht die Zu- oder Abneigung der Mitglieder des Ausschusses in Frage. Dieser könne urteilen wie er wolle, für ihn gelten nur die Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die Interessen der Bevölkerung in der Gefahrenzone der Anilinfabrik. Dort spielte das Leben einer halben Million Menschen auf dem Spiele, was bedeuten demgegenüber die Drohungen, die der Ausschuß hier gegen die Kommunisten ausgestoßen habe. Er werde auch fernerhin die vom Ausschuß geleistete Arbeit prüfen und in aller Oeffentlichkeit sachlich und kritisch besprechen.

Abg. Schwarz (USP.) hält die einzelnen tatsächlichen Angaben des Artikels für zutreffend, findet aber, daß der Artikel in seiner aggressiven Form zu weit gehe. (**Das ist die echte USP.-Politik: „Recht hat der Kommunist, aber sagen sollte er es nicht!"**) Abg. Breitscheid (Soz.) ist gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen der unliebsamen Kritiker. Er schlägt vor, in der Presse Artikel zu veröffentlichen, die die Arbeiten der Kommission ins rechte Licht stellten. Abg. Kulenkampf (D. Vp.) führt aus, daß er mit der Anilinfabrik nichts zu tun habe, seine Firma sei nur Abnehmer von Produkten der Anilinfabrik, und er kenne nur den Prokuristen der Firma durch seine Beziehungen zum Material von der Anilinfabrik. Wenn solche Anwürfe gegen ihn als Berichterstatter des Ausschusses erhoben würden, was das in dem Artikel geschehen sei, lege er sein Amt nieder. Der Vorsitzende meint: Jedem Unparteiischen sei klar, daß die Anwürfe Remmeles wider besseres Wissen geschehen seien, unter solchen Umständen könne der Ausschuß nicht weiter arbeiten. Remmele erklärt, daß er es dem Ausschuß überlassen müsse, was dieser zu tun gedenke, man möge doch in die Beratung über die von ihm erhobenen Vorwürfe und Behauptungen eintreten, dann werde sich ja zeigen, was falsch und was wahr sei. Abg. Semmler stellt den Antrag auf Absetzung der Sache Remmele, was mit Mehrheitsbeschluß angenommen wurde. (Für diesen Antrag stimmten alle die, die unter solchen Umständen" nicht weiter arbeiten wollten.)

Der Ausschuß trat alsdann in die sachliche Beratung ein. Abg. Schwarz beantragte, es sollten in Zukunft die Arbeiter ohne Beisein der Fabrikdirektion und der Betriebsleitung vernommen werden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0002

Abgeordneter Kulenkampff beantragte einer Untersuchungskommission zur Nachprüfung der Zeugenaussagen und der Heranziehung der Analysen der Anilinfabrik, sowie [illegible] Nachprüfung der von der Fabrik angeführten Stoffe auf ihre Gefährlichkeit. Abgeordneter [illegible] erläuterte zum Teil seine in Ludwigshafen abgelehnten Anträge von Zeugen, die über Anreizgelder [illegible] Gesamte und Angestellte der Fabrik Angaben machen [illegible] insbesondere an den Schichtmeister Humbe. Diese [illegible] sich auf den Teil der Untersuchung, der vom [illegible] Untersuchungsrichter überwiesen wurde und der vom Ausschuß durchgeführt werden soll. Ein weiterer Antrag fordert eine Klarstellung des vom Werke angegebenen Prämienwesens, wie dieses auf die Produktion gewirkt habe. [illegible] Anträge werden einstimmig angenommen. [illegible] die Beratung der in der kommunistischen Kritik [illegible] Gefahr des Vorhandenseins eines weiteren Silos mit [illegible] Ammoniumsulfatsalpeters eingetreten. Der Abgeordnete Schwarz fordert, daß dem diesen Silo überwachenden Beamten der Berufsgenossenschaft, zwei weitere Beamten beigegeben werden müssen, da der eine Beamte keine genügende Garantie für große Verantwortung biete. Abgeordneter [illegible] stellt einen früheren Verlangen, daß diese Gefahr so rasch als möglich beseitigt werden müsse. Die eingelaufenen Sachverständigen-Gutachten beweisen die Größe der Gefahr.

Es wird eine Unterkommission gebildet, die alle [illegible] Anträge und die gemachten Vorschläge sofort [illegible] In diese Kommission werden gewählt: die [illegible] Brey, Abgeordnete Schwarz, Kulenkampff und Hoffmann (Halle).

*

Die Verhandlungen in diesem parlamentarischen Untersuchungsausschuß beweisen, wie zutreffend, aber [illegible] die Kritik der kommunistischen Presse war, unablässig vorzugehen zu treiben. Wie richtig die Kritik war, beweist heute der Ausschuß gezwungen steht, durchzuführen, was [illegible] abgelehnt hat. Ob diese Untersuchungen [illegible] haben, wie sie damals gehabt hätten, muß bezweifelt werden. Jedenfalls die interessierten Kreise ihre Gegenmaßnahmen. Die hämischen Bemerkungen der übrigen Stinnespresse nehmen wir gerne [illegible] unsere Angriffe in gleicher Weise gegen die [illegible] bürgerlichen Parteien. Für uns bedeuten [illegible] einen vollen Erfolg.

Der Profit von Oppau

Der bei der Explosion in Oppau angerichtete Schaden an den Werken und an den Verträgen beträgt nach den [illegible] beteiligten Versicherungsgesellschaften nicht weniger als [illegible] Millionen Mark ein Schaden, von dem man annehmen [illegible] die beteiligten Gesellschaften der Chemischen Industrie [illegible] Mögens-stände aufs stärkste erschüttern sollte. Das [illegible] der Fall. Nachdem die Börse sich von dem ersten Schrecken [illegible] erholt hat, läßt sie die Aktien der in der Interessengemeinschaft der Chemischen Grossindustrie Deutschlands vereinigten Werke von Tag zu Tag mehr in die Höhe klettern. Die Aktien [illegible] nur an der allgemeinen Preissteigerung für Chemikalien, sondern übersteigen selbst diese noch. Es [illegible] Zeitung" für 785 vom 21. Oktober gibt die folgende Aufstellung der Kurssteigerung der hier in Frage kommenden Chemischen Aktiengesellschaft:

1921	19. Sept.	26. Sept.	27. Sept.	28. Sept.	19. Okt.	20. Okt.
Bad. Anilin- u. Sodafabrik	540.—	606.—	690.—	670.—	790.—	790.—
Höchster Farbwerke . .	470.—	470.½	480.½	470.—	650.—	650.—
Chem. Werke Fabriken . .	470.—	478.—	508.—	490.—	810.—	810.—
Chemische Fabrik Trostow	458.—	466.½	475.½	470.—	870.—	870.—
Rheinisch Electron . . .	470.—	488.½	494.—	500.—	800.—	800.—
Rheinische Stärke . . .	474.—	480.—	474.—	470.—	690.—	690.—

Der Grund für diese gewaltige Preissteigerung unmittelbar im Oppauer Unglück. „Sehr wesentlich [illegible] schreibt die „Frankfurter Zeitung" weiter [illegible] rung der Chemieaktien zweifellos die Vorbereitung [illegible] ist eine aus Anlaß des Oppauer Unglücks [illegible] neue Aktienemission. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß die vielen hunderte von Millionen Mark, welche [illegible] Oppau und zum Ausbau aller Schäden notwendig [illegible] chemischen Kapitalsgesellschaften zu bedeutenden [illegible] gen veranlassen werden . . . Die Börse glaubt [illegible] neuen wertvollen Bezugsrecht für die beteiligten [illegible] rechnen zu können."

Hunderte von Proletariern sind durch die [illegible] Oppau zugrunde gegangen, gewaltige [illegible] schaft in Oppau zugrunde gegangen, gewaltige [illegible] duktionsmitteln sind vernichtet worden; für die [illegible] tionäre ist es nur ein Anlaß mehr, neue Millionen einzustecken.

Auslands-Uebersicht

Das Ultimatum der Kleinen Entente.

Prag, 28. Oktober. (TU.) Nach Meldungen aus Wien ist der Einmarsch der Ententetruppen in Ungarn als unmittelbar bevorstehend kaum anzunehmen ist, daß Ungarn alle Forderungen der Kleinen Entente annehmen wird.

Die Kleine Entente verlangt:

1. Die gesetzmäßige Absetzung der Habsburger Dynastie.
2. Die Abrüstung unter der Kontrolle des Kleinen Entente.
3. Erlaß der Mobilisierungslasten.
4. Genaue Einhaltung aller Bestimmungen des Vertrages von Trianon.
5. Auswaisung aller, welche Hochverrat getrieben haben und Bestrafung aller Personen, welche bei dem letzten tschechischen Putsch mitgewirkt haben.

Die Mobilisierung in der Tschechoslowakei.

Blutige Zusammenstöße in Graslitz.

Am gestrigen Donnerstag, dem ersten Mobilmachungstag in der Tschechoslowakei, weigerten sich in Graslitz die beiden Militärpflichtigen, dem Einberufungsbefehl Folge zu leisten. Die Einberufung wurde deklariert worden. Sämtliche Betriebe, auch die [illegible] wurden geschlossen. Gegen 5 Uhr nachmittags kamen [illegible] tschechische Legionäre mit einigen Offizieren zur Gestellung der schwachen tschechischen Besatzung in Graslitz an. Bald darauf kam es auf dem Marktplatz zu schweren Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und dem tschechischen Militär. Das letztere eröffnete Feuer auf die Deutschböhmen. Es wurden im ganzen 12 Personen getötet und 26 verletzt, darunter einige schwer. Auf tschechischer Seite gab es einen [illegible] und [illegible] tere Verwundete. Das tschechische Militär trieb [illegible] schließlich mit Gewalt auseinander. Ueber den [illegible] wurde das Standrecht verhängt.

Einschiffung Karlchens nach Malta?

Wien, 28. Oktober. (TU.) Das ehemalige Kaiserpaar wird zunächst auf einem englischen Kanonenboot nach [illegible] gebracht. In dem Kloster Tihany sind ein italienischer [illegible] und ein französischer Stabsoffizier als Vertreter der [illegible] getroffen, welche die Ueberwachungsmaßregeln [illegible]

Sacco und Vanzetti gerettet?

Die Bewegung des internationalen Proletariats [illegible] der beiden Opfer der amerikanischen Klassenjustiz [illegible] maßgebenden Stellen in den Vereinigten Staaten [illegible] gestiegen. Die „Times" veröffentlicht ein Telegramm [illegible] York, das offenbar dazu bestimmt ist, die europäische Öffentlichkeit zu beruhigen. Es wird erklärt, daß ein endgültiges Urteil gegen Sacco und Vanzetti noch gar nicht gesprochen sei. Beide hätten ausgezeichnete Rechtsanwälte, und Richter Thayer, der den Fall bearbeitet, habe die Möglichkeit zugegeben, daß das Urteil in erster Instanz auf irrtümlichen Aussagen beruhe. Man habe den Verteidigern Gelegenheit gegeben, bis zum 1. November Berufungsgründe zu unterbreiten. Es sei also nicht die mindeste Gefahr eines Justizmordes vorhanden.

Das internationale Proletariat darf sich aber durch solche Mitteilungen nicht irreführen lassen, sondern muß seine Aktion solange fortsetzen, bis das Leben der Genossen unbedingt gesichert ist!

Die Zustände im Leunawerk.

Das Gewerkschaftskartell Halle hatte am Donnerstagabend eine Sitzung nach dem „Volkspark" einberufen, zu der auch Vertreter der Gewerkschaftskartelle Merseburg, Weißenfels und Naumburg, der „Afa", des Betriebsrats der Leunawerke sowie der Redaktionen der Arbeiterzeitungen eingeladen und erschienen waren. Zweck der Versammlung war, eine Aussprache über die Zustände im Leunawerk herbeizuführen. Um es gleich vorneweg zu sagen: Der Abend hat leider nicht den Erfolg gebracht, der im Interesse der gesamten Arbeiterschaft notwendig gewesen wäre. Es wäre ein voller Erfolg gewesen, wenn sich die Versammlung auf die von den Kommunisten vorgelegte Resolution, die wir jedem Arbeiter zum eingehenden Studium empfehlen möchten, ich geeinigt hätte. In der Resolution steht nichts, mit dem sich nicht jeder hätte einverstanden erklären können. Der dort vorgeschlagene Weg muß im Interesse der Arbeiterschaft gegangen werden. Es ist eine geradezu dringende Notwendigkeit gegenüber dem Generalsturm des Kapitals gegen das Proletariat. Wollen wir hoffen, daß trotz alledem die Einheitsfront des Proletariats rasch aufgerichtet wird, um die Angriffe des Unternehmertums siegreich abwehren zu können. An uns soll es wirklich nicht fehlen. Unsere Bestrebungen waren stets darauf gerichtet; wir haben unablässig daran gearbeitet und werden weiter alles tun, um eine einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse zustande zu bringen.

Von diesem Bestreben war auch das Referat des Genossen Schönlank diktiert, der seine Ausführungen auf das eben angedeutete Ziel eingestellt hatte und frei heraus sagte, was ist und was demgegenüber getan werden muß. Das Verhalten einiger Sitzungsteilnehmer, die da glaubten, unserem Genossen Schönlank Mißtrauen entgegenbringen zu müssen, weil er angeblich über das Leunawerk und die Aufgaben der Betriebsräte nicht genügend orientiert sei, war wirklich unberechtigt, wie der Verlauf des Abends ja auch gezeigt hat. Fast einmütig wurde denn auch ein Antrag, daß das Referat abgesetzt und statt dessen ein Teilnehmer der Besichtigung des Leunawerks Bericht erstatten soll, abgelehnt, so daß erst nach Ueberwindung dieser Hemmungen unser Genosse das Wort zu seinen Ausführungen erhalten konnte.

Genosse Schönlank betonte nachdrücklichst, daß es ihm lediglich darauf ankomme, festzustellen, was ist, wie die Dinge im Leunawerk liegen und was nun zu tun ist. Die Zustände in Leuna seien einer ernsten Besprechung wert. Dieser Vorpsten des Proletariats muß wieder das Kampfzentrum werden, das es ehemals war und das es nach Lage der Sache sein muß. Was den „Klassenkampf" zu seiner Pressekampagne über das Leunawerk veranlaßt hat, war, aus Anlaß der Oppauer Katastrophe auf den Gefahrherd in Mitteldeutschland aufmerksam zu machen. Bekanntlich hatte die Leunadirektion am Tage nach der Oppauer Katastrophe eine Erklärung veröffentlicht, wonach keine Gefahr für Leuna zu befürchten sei. Demgegenüber mußte festgestellt werden, daß in Leuna nach Methoden gearbeitet wird, die große Gefahren in sich bergen und die früher von seiten der Arbeiter und ihren Vertretern strikte abgelehnt worden sind. Diese raffinierten Arbeitsmethoden heißen Akkord- und Prämiensystem und Durchbrechung des Achtstundentages. Die vom Betriebsrat Daniel gezeigte Ausführung über das Prämiensystem in Leuna dürfte von keinem Leunawerker geäußert werden. Aufgabe der Betriebsräte und der Gewerkschaften ist es, auf Abschaffung solcher Arbeitsmethoden mit allen Kräften hinzuarbeiten. Die Unternehmer führen diese Methoden gern ein, weil sie glauben, damit eine Gruppe gegen die andere ausspielen zu können. Und weil wir Arbeitnehmer das wissen, dürfen wir diese Bestrebungen unter keinen Umständen unterstützen. Die Belegschaft in Leuna schwebt bei dieser Arbeitsweise ständig in Gefahr. Arbeiter, die übermüdet und ausgebeutet werden, können unter Umständen ohne jeden bösen Willen und ganz unbewußt und unbeabsichtigt schweres Unheil anrichten, weil heiter herauf beschworen, und zwar infolge Ermüdung und daraus entstehender Unachtsamkeit. Es ist [illegible] zu beachten, daß die chemische Industrie ja überhaupt große Gefahren in sich birgt. Deshalb muß auch streng darauf geachtet werden, daß die Schutzbestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften innegehalten werden. Die 56-Stunden-Arbeitsschicht widerspricht allen Anschauungen der Arbeiterschaft. Die Betroffenen können den dabei gestellten Anforderungen auf die Dauer nicht standhalten. Die Arbeitslosigkeit muß dabei doch mindestens sehr beachtet werden. Weiter kommt hinzu, daß in solchem Falle eine Arbeiterkategorie sozusagen besser gestellt und diese gegen die anderen ausgespielt wird. Das muß auf jeden Fall verhindert werden. Mehr denn je muß heute die Arbeiterschaft geschlossen zusammenstehen, wenn man sieht, wohin überhaupt die Reise gehen soll. Das Kapital hat eine große Angriffsaktion gegen das Proletariat eingeleitet, die unbedingt abgewehrt werden muß. Die Konflikte häufen sich von Tag zu Tag. Die wirtschaftliche Entwicklung wird von der Konterrevolution planmäßig vorbereitet, um die politischen Kämpfe um so besser durchführen zu können. Das Unternehmertum schätzt die Situation ganz richtig ein, wenn es meint, daß es mit einem wirtschaftlich ruinierten Proletariat in den kommenden großen Kämpfen um so leichteres Spiel haben wird. Deshalb muß die Arbeiterschaft sich aufraffen, muß sich in gleicher oder ähnlicher Weise vorbereiten für das, was unvermeidlich kommt. Ein Hinweis gelten des deutschen Proletariats auf die wirtschaftliche Stufe, auf der sich das österreichische Proletariat befindet, würde geradezu verhängnisvoll sein. Leuna und die mitteldeutsche Stickstoffindustrie bedeuten Etappen in den kommenden Kämpfen und muß deshalb alles versucht werden, um die hier in Betracht kommende Unternehmerschaft auf die Knie zu zwingen. Gewerkschaften, Betriebsräte, die sozialistische Presse, kurz alle Organisationen müssen einheitlich und in gleicher Richtung zusammenarbeiten, um den Sieg der Arbeiterschaft herbeiführen zu können. Das ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

Von den kommunistischen Vertretern war zu dem Referat eine Entschließung eingebracht worden, die vom Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells zur Verlesung gebracht wurde und wie folgt lautet:

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Oppauer Katastrophe stellte fest, daß diese ungeheure Katastrophe in der Antreiberei der Arbeiterschaft durch das Akkord- und Prämiensystem, in dem durch diese Arbeitsmethode erzwungenen Außerachtlassen der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen und in neuen Sprengversuchen seine Ursache hat.

Auf dem Leunawerk mehren sich seit der Einführung der Akkord- und Prämienarbeit die Unglücksfälle von Tag zu Tag, ja, sie haben sogar schon zu folgenschweren Explosionen geführt.

Die Verlängerung der Arbeitszeit bedingt eine Abnahme der geistigen Spannkraft des Arbeiters, zieht also weitere Unfälle nach sich.

Das Vorgehen der Leunadirektion ist ein Teil des Gesamtangriffes, den das Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft führt.

Durchbrechung des Achtstundentages, Ueberstunden, Akkord- und Prämienarbeit und wüste Antreibereien, das sind die Mittel, mit denen das Unternehmertum die Arbeiterschaft in tiefere Knechtschaft zurückführen will.

Der Schlag der Leunadirektion muß abgewehrt werden. Sind die verschlechterten Arbeitsbedingungen im Leunawerke erst eingeführt, folgen die anderen Betriebe des chemischen Konzerns und schließlich die gesamte Industrie nach.

Wir Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft des Leunawerkes fordern von den Instanzen der Gewerkschaften die Aufnahme des sofortigen Kampfes zur Erhaltung des Achtstundentages, zur Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit. Die Betriebsräte des Stickstoffkonzerns fordern wir auf, auf einer gemeinsamen Konferenz der Betriebsräte aller zum Konzern gehörigen Werke die Basis für einen gemeinsam zu führenden Kampf zu schaffen.

Die Belegschaften des Leunawerkes fordern wir auf, wenn der Ruf ertönt, geschlossen wie ein Mann den Kampf aufzunehmen:

Für den Achtstundentag,

für die Beseitigung der Akkordarbeit,

für die Verlegung der Laboratoriumsversuche außerhalb des Werkes in entlegenen Gegenden,

für die Kontrolle der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen durch Beauftragte der Arbeiterschaft.

In der folgenden Diskussion nahm zuerst der Ohmann des Betriebsrats im Leunawerk, Daniel, das Wort. Des langen und breiten besprach er technische Fragen und die Arbeitsweise im Leunawerk. Ueber die Gefahren, wie sie Oppau zeigten, war sich der Betriebsrat nicht bewußt gewesen. Die Artikel des „Klassenkampf", die darauf aufmerksam machten, habe er mit Freuden begrüßt. Gegen andere Artikel (er meinte dabei den Artikel „Verbrechen in Leuna" sowie andere, die von Arbeitern geschrieben wären) müsse er sich aber wenden. Die betreffenden Arbeiter könnten kein Urteil darüber abgeben, was in Leuna zu Gefahren führen könnte, da sie stets immer nur Teilarbeit verrichteten. Daniel mußte aber zugeben, daß die Akkord- und Prämienarbeit eine Gefahr für die Belegschaft bildeten. Dafür könne der Betriebsrat aber nicht verantwortlich gemacht werden; dieser habe sich grundsätzlich dagegen gewandt. Die Werksleitung habe seinerzeit erklärt, daß sie darüber allein bestimme. Zu den Unfällen im Leunawerk meinte er, daß der Betriebsrat an den Zuständen stets Kritik geübt und damit seine Pflicht getan habe. Zu einem großen Teil trugen die Arbeiter selbst Schuld an den Unfällen. Die Gewerbeinspektion habe wiederholt das Werk besichtigt und alles in Ordnung gefunden. Die Pressekonferenz sei ohne Wissen des Betriebsrats einberufen worden. Ob das im Leunawerk produzierte Ammoniakwasser explodieren könne, entzieht sich seiner Kenntnis; er zweifelt aber daran. In weiteren Ausführungen über die Prämienarbeit meint er, daß die Leunaer Arbeiterschaft beim Betriebsrat auf Einführung von Prämien geradezu dränge. Bezüglich der 56-Stunden-Woche gibt er zu, daß diese in Verbindung mit der dadurch erfolgten Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Leunawerk eine erhöhte Gefahr für die Arbeiterschaft bedeute. Dasselbe sei der Fall in bezug auf die Unfallgefahren durch die Aufschaltung (lies: Hinauswurf) der alten erprobten Leute. Wir sind heute gezwungen, die Prämien- und Akkordarbeit über uns ergehen zu lassen, aber wir waren dagegen!

Henning (Merseburg) tritt den Ausführungen Daniels bei, ebenso Werkmeister Medersheim. Ein Leunaer Arbeiter tritt Daniel entgegen und beweist an einem Falle das Fehlen jeglicher Schutzvorrichtungen. Seit zwei Jahren ist er im Leunawerk und hat nie ein Betriebsratsmitglied in seinem Arbeitsraum gesehen. — Wiegand („Afa") spricht gegen die Resolution und bittet, sie abzulehnen. Der Mann ist wirklich naiv. Er ist der Ansicht, daß der „Klassenkampf" in politischer Hinsicht zwar seine eigene Meinung haben solle in wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Dingen aber solle er erst die Meinung der Gewerkschafter und Betriebsräte einholen! — Schimme (Halle) singt auch ein großes Loblied auf Daniel. Er meint, wenn Daniel nicht mehr Betriebsrat in Leuna sei, dann sei dort auch das ganze Betriebsratsfitzen futsch. — Gramann (Merseburg) betont, daß die Leunaer Bauarbeiter den Stein ins Rollen gebracht haben, indem sie über die Einstellungsbedingungen hinaus ihre Versammlungen so anberaumten, wie sie es für notwendig hielten.

Sodann ergriff Genosse Schönlank das Schlußwort. Er faßt die sächlichen Ergebnisse der Aussprache zusammen und betont, daß kein Redner gegen seine Ausführungen sachlich etwas einzuwenden gehabt hat. Was gesagt wurde, war die Anerkennung dessen, was er ausführte. Es kommt nicht darauf an, ob die eine oder andere Stimme eines Arbeiters im „Klassenkampf" bis in alle Einzelheiten richtig war oder nicht. Das wesentliche ist, daß die Kommunisten sich mit aller Schärfe gegen die Akkord-, Prämien- und Ueberstundenarbeit gewendet haben. Kollege Hennig (Merseburg) hat in einem Artikel, der im „Klassenkampf" sowohl wie in der „Volksstimme" erschien, dasselbe gesagt, wie ich heute. Sachlich hat Hennig heute abend in keinem Punkte etwas von dem zurückgenommen, was er geschrieben hat. Daniel hat erklärt, daß die Prämienarbeit für jeden einzelnen Arbeiter eine Gefahr bedeute. Wenn die Arbeiter so viel verdienen würden, wie sie haben müßten, dann würden sie keine Prämienarbeit leisten. (Zuruf: Alte Wahrheit!) Jawohl, eine Wahrheit, die aber immer wieder betont werden muß. Wiegand hat sachlich nichts gegen meine Ausführungen einzuwenden gehabt, ist aber trotzdem für Ablehnung der Resolution eingetreten. Wem diese Resolution unannehmbar scheint, der meint es nicht ernst mit der Beseitigung der Mißstände, die von allen Seiten zugegeben werden. Die Resolution bietet die Grundlage, den Kampf um Besserung der Verhältnisse in gemeinsamer Arbeit durchzuführen. Die Schläge, die der mitteldeutschen Arbeiterbewegung durch die höllische Polizeiaktion im März versetzt wurden, sind nicht die alleinige Ursache der Mißstände. Die Offensive der Unternehmer hat schon vorher eingesetzt. Die Macht der Arbeiter im Leunawerk war größtenteils eine Scheinmacht. Der heutige Abend hat uns gezeigt, daß die Pressekampagne im „Klassenkampf" die Frage des Leunawerkes in der breiten Oeffentlichkeit aufgerollt hat, um die Arbeiter und Gewerkschaften zum Eingreifen zu zwingen. Der Betriebsrat ist nicht nur dazu da, das Werk technisch auf die Höhe zu bringen, sondern er hat in erster Linie die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Die Aeußerungen Daniels in der Pressekonferenz schlagen den Bestrebungen der Arbeiterschaft direkt ins Gesicht. Ob Sie Fachmänner sind oder nicht, Sie müssen die Resolution annehmen, denn es muß die Grundlage für einen Kampf in der gesamten chemischen Industrie geschaffen werden. (Beifall.)

Nach dem Schlußwort folgen einige „persönliche" Bemerkungen, wobei Hennig erklärte, daß Genosse Schönlank das Betriebsrätegesetz und die Aufgaben der Betriebsräte nicht richtig aufgefaßt habe. Henning ist der Ansicht, daß die Betriebsräte nicht dazu da seien, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, das sei Sache der Gewerkschaften. — Daniel betont, daß er immer für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten sei.

Der Vorsitzende Hesse wendet sich vor der Abstimmung gegen die Resolution. Er meint, es sei selbstverständlich, daß die Gewerkschaften auch ohne die Resolution das Interesse der Arbeiterschaft wahren würden. Die Resolution bedeute eine Herabsetzung der bisher geleisteten Gewerkschaftsarbeit! Er ersuchte, die Resolution abzulehnen.

In der Abstimmung wurde diese sodann mit schwacher Mehrheit abgelehnt. Wir überlassen der Arbeiterschaft, sich darüber selbst ein Urteil zu bilden.

Die Sitzung fand um 11 Uhr ihr Ende.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schneider; für Anzeigen: Fritz Krolf; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg, Arbeiterbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0003

Kenner bevorzugen die in Halle gebrauten Qualitäts-Biere der

Engelhardt-Brauerei.

*127

U.T

Leipziger Strasse 68. Fernruf 1224

Das Kind der Straße.

I. Teil.
Spannender Kriminal-Sittenfilm in 6 Akten mit
Edith Posca.
Vorführung: 4.30, 6.40, 9.00.

Puppchen, du bist mein Augenstern.

Lustspiel in 1 Akt.

Ein eleganter Reinfall.
Schattenbilder in 1 Akt.

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.
3823

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738

Lotte Neumann

in dem großen Filmwerk
Das Abenteuer des Dr. Kircheisen.
Nach dem Roman:
„Das Mangobaumwunder"
von P. Frank u. L. Perutz.
Eine phantast. Geschichte in 5 Akten.
Vorführung: 5.00 7.10 9.30.

Unter Alaskas Urwaldriesen

Amerikanisches Drama in 5 Akten.
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

DMV DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND

HALLE A. S. FERNRUF SORGEZEIT 11-1, u. 4-6.
HARZ 42/44 № 1726 SONNABEND 9-2.

Dienstag, den 1. Novbr., nachmittags 4½ Uhr, im „Volkspark".

Grosse Versammlung

der in der Hallischen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern über Erhöhung d. Teuerungszulage.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint vollzählig in dieser da wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen.

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Verhandlungen sind nicht zu Ende geführt und gehen am tag, dem 31. d. M. weiter.

Volkspark.

Heute, Sonnabend, u. morgen, Sonntag:
Vereins-Ball
und
Ball-Konzert.
3843

K. F.-K. „Minerva".

Sonntag, den 30. Oktober 1921, nachmitt. 3 Uhr, im kleinen Saal des „Volksparks":

ßes Herbstvergnügen.

Flotte Musik. Flotte Musik.
Freunde und Gönner sind herzlichst willkommen.
3818 Der Vergnügungsausschuß.

Das ehemalige Kasino auf dem

Flugplatze Halle a. d. Saale

haben wir modern renoviert und die öffentliche Bewirtschaftung

Herrn Max Weber, Halle a. d. Saale

übertragen. 3845

Einem hochgeehrten Publikum empfehlen wir regste Benutzung des Lokales.

Mitteldeutsche Bauzentrale.

Ab Freitag!

Burg-Theater

Auf allgemeinen Wunsch:
Henny Porten
3812 in **Anna Boleyn**
3000 Meter lang. Monumentalfilm. Liebes- und Leidensgeschichte einer englischen Königin.

Walhalla

Lichtspiel-Theater

Täglich:
Der zweite grosse
Albertini-Sensations-Film

Die eiserne Faust.

Ein sensationelles Abenteuer in 6 Akten.
In der Hauptrolle:
Luciano Albertini mit seinem berühmten **„Jack".**
Vorführung: 5.15, 8.00 Uhr.

Außerdem: 3822

Ein guter Kerl im Sträflingskittel

oder:

Das Recht aufs Leben.
Die Geschichte eines Justizirrtums in 5 Kapiteln.
Vorführung: 4.00, 6.45, 9.30 Uhr.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Stadttheater.

Sonntag, d. 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr:
Volksvorstellung.
Rosmersholm.
Schauspiel von Ibsen.
Abds. 7½. Ende 10¼ Uhr
Das Dreimäderlhaus.
Musik 3835
nach Franz Schubert.
Montag: Nichtöffentliche Vorstellung.

Thalia-Theater.

Sonntag, den 30. Oktober, abends 7½ Uhr: 3834
Kabale und Liebe.
Trauerspiel von Schiller.

ZOO.

Sonntag, d. 30. Oktober, nachm. 3½—6½ Uhr:
Konzert.
Philharm. Orchester.
Leitung: *1305
Obermusikmeister
K. Steuer.

GOLDFARB-TABAKE

BEKANNT DURCH GÜTE 128

Restaurant „Terrasse", Böllberger Weg 23.

Sonnabend: KIRMES
Sonntag: Frühschoppen,
Sonntag abend: Familien-Unterhaltung.
Es ladet freundlichst ein 3824 Emil Hecht.

Arb.-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Halle.

Sonntag, den 30. Oktober 1921, nachmittags 3 Uhr, im grossen Saale des „Volksparks":

Grosser Ball.

Es ladet freundlichst ein 3849
Der Festausschuß.

Restaurant „Goldene Spitze", Spitze 11/12.

Montag, den 31. Oktober:
Großes Schlachtefest
wozu ergebenst einladen 3850
Fr. Seiert und Frau.

Licht-Spiele

Täglich Täglich
Erstaufführung!
Der erste grosse Sensations-Film

Die Schlucht des Grauens.

Ein 6-aktiger Abenteurer-Film.
3821 Hierzu:
Paul Heidemanns „Der Neffe als Onkel".
Filmschwank in 3 Akten.
Außerdem: Der neueste, wunderbare **Münchener Bilderbogen,** 1 Akt. sowie **Seren-Magazin,** Neuheit in 1 Akt.
Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Grosse Ulrichstraße 51
Fernsprecher 4581.
Im Herzen der Stadt

Restaurant „Zum Kronprinzen"
Triftstraße 23.
Morgen:
Großes Streichkonzert.
Hierzu laden ein 3837
Peter Stockmar und Frau.

---

3 Könige

Das glänzende Programm!
Jeden Sonntag von ½12 bis 2 Uhr:
Große Matinee 3839
und Nachmittags-Vorstellung ab 3 Uhr.

„Reichsadler" :: Trotha.

Sonntag, 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr:
Der billige Tanz
des Bandonium-Orchesters Harmonie.
Die 2 Kapellen. 3817
Eintritt frei! Geringes Tanzgeld.

Sparka

der mitteldeutschen
gemeinnützigen Zentralgen
für das mitteldeutsche B
verzinst Einzahlungen bei der
der Verbandsbank gewerblic
schaften, Halle a. d. S., Gr. Ma.
fünf Prozen

Holz-Pantoffeln, Pantoffel-Hölzer
nur prima Waare
liefert billigst
Otto Fricke, Pantoffel-Fabrik,
nur Kleine Ulrichstraße 9 (Hof).

Arbeitsmarkt

Tüchtige Schlosser
r Laufgewichtsbalken und Kartendruckapparate
für sofort gesucht.
Riesaer Waagenfabrik
Zeidler & Co.,
Riesa a. d. Elbe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0004

Zur Regierungsbildung in Deutschland.

Von Ernst Meyer (Berlin).

Wie wenig sich die Verhältnisse in Deutschland konsolidiert haben, beweist die Häufigkeit und die Schwere der Regierungskrisen. Jeder Versuch, eines der Nachkriegsprobleme zu lösen, bringt jedesmal die bestehende Regierung in Gefahr. Trotzdem die Zustimmung zu dem Friedensvertrag von Versailles die Anerkennung aller weiteren Forderungen der Entente in sich schloß, fräuben sich doch die bürgerlichen Parteien in Deutschland, die zunächst mehr formelle Zustimmung zu dem Versailler Vertrag und seinen einzelnen Teilen in die Wirklichkeit umzusetzen. So hat die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien das Kabinett Wirth zum Rücktritt veranlaßt und die Neubildung der Regierung begegnet noch größeren Schwierigkeiten, als die Lösung der früheren Regierungskrisen, nach Versailles und nach dem Londoner Ultimatum. Das ist nicht etwa bloß die Folge der „Gewissenlosigkeit" und „Verantwortungslosigkeit" und anderer moralischer Qualitäten, die die unabhängige Presse den bürgerlichen Parteien zuspricht. In diesen Krisen wirkt sich vielmehr die Tatsache aus, daß der verlorene Weltkrieg und seine Folgen in der Tat den Kapitalismus in Deutschland in die allermangenehmste Situation gebracht haben. Auf der einen Seite wird die deutsche Bourgeoisie eingezwängt durch die Ansprüche des Ententeimperialismus, auf der anderen Seite hindert das seit den Novembertagen 1918 zum stärkeren Selbstbewußtsein gelangte Proletariat die volle Abwälzung aller aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Lasten auf das Proletariat. Die Wirkungen der Entscheidung über Oberschlesien werden zwar von der kapitalistischen Presse Deutschlands übertrieben. Aber die Teilung Oberschlesiens schnürt doch die wirtschaftlichen und politischen Machtbestrebungen der deutschen Bourgeoisie nennenswert ein, und der im Proletariat lebendige Wille zur Abwehr neuer Verschlechterungen in der Lebenshaltung der breiten Masse erschwert es der Bourgeoisie, sich am Proletariat völlig schadlos zu halten. Deshalb versucht die Bourgeoisie durch die Entfesselung nationalistischer Stimmungen die Massen vom eigentlichen Kampfziel, dem sozialen, abzulenken.

Die Deutsche Volkspartei, die Partei der Groß-Industrie, weigert sich, in die neue Regierung einzutreten, weil sie sich aus Furcht vor der nationalistischen Stimmung ihrer Anhänger nicht mit der Zustimmung zu der oberschlesischen Teilung belasten möchte. Auch die Demokraten fürchten als nicht genügend national zu gelten und lehnen es ab, in eine Regierung einzutreten, deren erster Schritt die Entscheidung des Kommissars nach Oberschlesien und die formelle Zustimmung zur Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien sein wird. So kommt es, daß die Sehnsucht von Stinnes nach Scheidemann und die von Scheidemann nach Stinnes zunächst noch unerfüllt bleibt.

Die Rechtssozialisten werden daher allein mit dem Zentrum eine Regierung bilden.

Die Unabhängigen sehen so ihren Wunsch nach der Wiederkehr Wirths erfüllt, und es wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als das neu gebildete Ministerium „der Erfüllung" noch stärker als bisher zu unterstützen, da die neue Stütze der Demokraten gebrochen ist.

Beide sozialdemokratischen Parteien erklären, daß die Wiedergutmachungsverpflichtungen der früheren deutschen Regierungen gegenüber der Entente erfüllt werden müßten und sie halten sich bereit, diese Erfüllung zu übernehmen — auf dem Boden der gegebenen kapitalistischen Verhältnisse. Bei den internationalen Machtverhältnissen wird in der Tat jede deutschen Regierung die Reparationsversprechungen einlösen müssen. Aber die sozialdemokratischen Parteien übersehen, daß die Wiedergutmachung noch auf anderer Basis als auf rein kapitalistischer möglich ist. Auch Sowjet-Rußland hat sich dem Machtgebot der imperialistischen Mächte, z. B. Deutschland gegenüber in Brest-Litowsk fügen müssen. Aber diese erzwungene Anerkennung von Brest-Litowsk geschah nicht auf dem Boden der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Demokratie, sondern nach Umwandlung der Kerenski-Herrschaft in einen kommunistischen Staat und nach Ausschaltung aller Vorrechte der Bourgeoisie gegenüber dem russischen Proletariat.

Auch die deutsche Arbeiterschaft hätte die eingetretene Krise ausnutzen können, um die offenbar bankrotten bürgerlichen Parteien ihrer Macht zu berauben.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat durch ihr Zentralorgan und durch ihr Zentralkomitee die Rechtssozialisten und die Unabhängigen darauf aufmerksam gemacht, daß die Krise der Regierung zu einem geschlossenen, selbständigen Vorgehen aller Arbeiterorganisationen ausgenutzt werden müßte. Die Gefahr der Bildung einer rein bürgerlichen Koalition unter Führung von Stinnes abzuwenden, wenn die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich zum Kampfe gegen die Reaktion zusammenschlossen. Gegenüber der Gefahr der Belastung der breiten Massen mit neuen Steuern und der Verlängerung der Arbeitszeit, sowie der immer stärkeren Durchdringung des gesamten Staatsapparates mit konterrevolutionären Elementen bezeichnete die Kommunistische Partei als nächstliegende Sicherungen der Arbeiterschaft:

1. Die Erfassung der Goldwerte, d. h. die Konfiskation eines Teiles der kapitalistischen Vermögen zugunsten des Staates.
2. Unbedingten Schutz des Achtstundentages und des Streik- und Koalitionsrechtes.
3. Die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen (Orgesch usw.), Bildung eines Selbstschutzes der arbeitenden Massen.
4. Reinigung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schutzpolizei von allen monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterschaft.

Diese Forderungen sind keine rein kommunistischen, oder an sich revolutionären. Sie können unterstützt werden und werden erhoben von allen Arbeiterorganisationen. Aber der Versuch ihrer Durchsetzung bedeutet Aufnahme des verschärften Klassenkampfes gegen alle bürgerlichen Parteien, die sich mit allen Machtmitteln der Verwirklichung dieser Forderungen entgegensetzen werden. Die Durchsetzung der Forderungen kann daher nicht auf rein parlamentarischem Gebiet vor sich gehen, sondern muß auch außerparlamentarisch durch die Einsetzung aller Machtmittel des Proletariats erzwungen werden. Schon der Versuch ihrer Verwirklichung bedeutet Ablehnung jeder Koalition mit den Bürgerlichen und in weiterer Konsequenz den Versuch, eine bürgerlich-parlamentarische Regierung durch eine reinsozialistische Regierung zu ersetzen. Die Kommunisten erklärten sich gegenüber den beiden anderen Arbeiterparteien bereit, die Mobilisierung der Arbeiter zur Verhinderung jeder bürgerlichen Koalitionsregierung zu unterstützen und selbst zu leiten. Rechtssozialisten und Unabhängige zogen es jedoch vor, dem Kampfe auszuweichen und lieber eine bürgerliche Koalitionsregierung bilden zu helfen bzw. zu unterstützen. Sie taten es unter dem Vorwand, daß die Kommunisten erst ihre Bereitwilligkeit zum eigenen Eintritt in eine reinsozialistische Regierung erklären müßten, ehe man den Gedanken eines gemeinsamen Kampfes gegen jede bürgerliche Regierungskoalition überhaupt erwägen könne. Die Kommunisten können dagegen mit Recht darauf verweisen, daß in Sachsen und in Thüringen USPD. und SPD. solche reinsozialistischen Regierungen gebildet haben und sich mit einer loyalen Unterstützung der Kommunisten begnügen. Im übrigen wird der Kampf einer reinsozialistischen Regierung gegen die Machtgelüste der Bourgeoisie so ernste Kämpfe herbeiführen, daß die Entwicklung sehr rasch weitergehen und auch diese Regierung bald Formen annehmen dürfte, die den Kommunisten eine andere Stellungnahme als die der bloßen Unterstützung erleichtern.

Wenn Rechtssozialisten und Unabhängige diesmal den bequemeren Weg der Vermeidung ernster Klassenkämpfe gewählt haben, so werden wahrscheinlich bald die steigenden Ansprüche der Bourgeoisie sie erneut vor die Frage stellen, ob sie gegen den Willen der Arbeitermassen die Unterstützung bürgerlicher Parteien fortsetzen wollen. Die kommenden Steuerkämpfe müssen, sofern die SPD. überhaupt noch Rücksicht auf die Arbeiter nimmt, den Riß zwischen Bourgeoisie und Proletariat von neuem schärfer aufreißen. Stinnes und die Großindustrie sind nicht bescheiden und werden noch mehr verlangen als sie es bisher getan. Dann wird die Arbeiterschaft selbst, soweit sie in der SPD. organisiert ist, erneut die Frage aufwerfen, ob der Kampf gegen das Unternehmertum auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet noch vermeidbar ist. Die erfreulicherweise scharfe Opposition von Görlitz läßt diese Hoffnung nicht als illusionär erscheinen. Auf jeden Fall wird die Kommunistische Partei alles tun, um durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die breiten Massen über die Bedeutung einer bürgerlichen Koalition zu unterrichten und durch sachliche nüchterne Darstellung der kommenden Lasten und all ihrer Wirkungen das Verständnis dafür schärfen, daß nur die einheitliche Kampffront gegen die Bourgeoisie und die bürgerlichen Parteien einen Ausweg aus der für das Proletariat verzweifelten Lage bietet.

Unsere alten Grundsätze:

Strengste Reellität.

Beste Qualitätsware. — Billigste Preisstellung.

Kaufen Sie möglichst jetzt

Ihren Herbst- und Winterbedarf in

Damen- und Mädchen-Kleidung,

Leinen- und Baumwollwaren, Kleider- und Seidenstoffen,

Teppichen, Gardinen, Möbelstoffen.

Unser renommiertes Spezialhaus bietet Ihnen die beste Gewähr für

Vorteilhaftesten Einkauf. — Grösste Auswahl.

Zuvorkommendste Bedienung.

Brummer & Benjamin

Beachten Sie unsere Schaufenster. Halle a. S. Große Ulrichstrasse 22-24 Beachten Sie unsere Schaufenster.

8896

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. Oktober 1921.

An unsere verehrl. Inserenten!

Dienstag, den 1. November, wird der „Klassenkampf" zum erstenmal im eigenen Betriebe der Produktivgenossenschaft für Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Kerchenfeldstraße 14, hergestellt und erscheint in einem stärkeren Umfange. Wir bitten alle unsere verehrl. Inserenten, die in dieser besonderen „Klassenkampf"-Ausgabe vertreten sein wollen, ihre Anzeige uns sofort einzusenden, oder unsere Vertreter durch Anruf 1047 zu verlangen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß mit diesem Tage die Akzidenzabteilung der Druckerei in Tätigkeit tritt und bitten wir die Geschäftsfirmen, die Drucksachen benötigen, Offerte bei uns einzuholen.

Das „Hochverrats"-Verfahren gegen Genossen Ewert.

Eine neue Blamage für die Orgeschjustiz.

Im April dieses Jahres wurde Genosse Ewert, der hier als Bezirkssekretär angestellt werden sollte, verhaftet und gegen ihn auf Grund einer Haussuchung ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Nunmehr ist diese ganze große Hochverratsaktion der Orgeschjustiz ganz elend zusammengebrochen. Genosse Ewert wurde freigesprochen werden und wurde sofort aus der Untersuchungshaft, in der er sechs Monate festgehalten wurde, entlassen.

Die Verhandlung fand am Donnerstag vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts statt. Genosse Ewert wurde beschuldigt, ein Hochverratsunternehmen, nämlich den gewaltsamen Sturz der Reichsverfassung und die Errichtung der Räterepublik, „vorbereitet" zu haben. Die Anklage gegen ihn war auf Grund der bei ihm vorgefundenen Notizen und Flugblätter erhoben worden. Während der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Schuld des Angeklagten für erwiesen hielt und 1 Jahr 6 Monate Festungshaft beantragte, traten die beiden Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin und Dr. Graf-Leipzig, mit Entschiedenheit für die Freisprechung des Angeklagten ein, da eine positive Tätigkeit im Sinne des § 86 StGB. nicht nachgewiesen sei. Genosse Ewert hielt dann selbst eine von Ueberzeugungstreue getragene Verteidigungsrede, in welcher er die Grundsätze und ziele der Kommunistischen Partei näher darlegte.

Das Urteil lautete auf Freisprechung, weil nicht nachgewiesen ist, daß der Angeklagte an einem bestimmten Unternehmen zur gewaltsamen Beseitigung der Reichsverfassung teilgenommen hat. Genosse Ewert, der sich seit sechs Monaten in Untersuchungshaft befindet, wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

So reiht sich in der deutschen Republik, die die freieste der Welt sein soll, ein Justizskandal an den anderen. Kommunisten werden wegen „Hochverrats" im Untersuchungsgefängnis festgehalten und nach sechs Monaten freigesprochen. Die Kappverbrecher dagegen laufen alle frei herum. Wenn jedoch einer von ihnen einmal festgenommen werden muß, dann wird er nach Hinterlegung einer geringen Kautionssumme (siehe Fall Schiele) wieder auf freien Fuß gesetzt. Das ist die Freiheit in der freiesten Republik der Welt.

Wir verlangen die Freilassung aller politischen Gefangenen. Arbeiter demonstriert morgen vormittag 10 Uhr im „Volkspark" für die Herausgabe der politischen Gefangenen.

Noch immer: Die ungeheuerlichen Zustände im hiesigen Polizeigefängnis.

Wir veröffentlichen heute wieder einen Brief eines Genossen, der auf dem Transport nach dem Gefängnis in H. einige Tage im hiesigen Polizeigefängnis verbringen mußte. Ueber die Mißstände im hiesigen Polizeigefängnis schreibt er u. a.:

„. . . Als wir in das Polizeipräsidium zu Halle eingeliefert wurden, kamen wir in eine Zelle, in die man wohl ein Stück Vieh einsperren kann, aber keinen Menschen. Ein furchtbarer Gestank kam uns entgegen, der von einem Notdurftgefäß herrührte, das sicher schon einige Tage nicht geleert worden war. Als ein Beamter mit dem Essen kam, baten wir diesen, er möchte doch das Gefäß reinigen lassen, da bei einem solchen Gestank kein Mensch Essen zu sich nehmen könnte. Der Beamte schlug die Türe zu und nahm das Essen wieder mit. Nach kurzer Zeit aber brachte man uns doch „etwas", was aber kein Mensch essen konnte, trotzdem wir alle sehr hungrig waren. Ich habe mich in dem halben Jahre so ziemlich an alles gewöhnt, aber dieses Essen . . . Aber noch über andere Zustände ist sehr vieles zu sagen: Auf der Fahrt von N. nach H. ist Halle das einzige Präsidium gewesen, in dem wir schlimmer als Tiere behandelt wurden. Ueberall bekamen wir ein reines Bett und ein sauberes Handtuch, in Berlin wurden wir sogar gebadet. In Halle gab es das alles nicht. Die Unterlagen waren so dünn mit Papier gefüttert, daß man den kalten Fußboden spürte. Wenn man nicht frieren wollte, mußte man sich mit den Sachen, die man den Tag über an hatte, hinlegen. Des Morgens bekam man beim Waschen ein Handtuch, an welchem sich fast alle Insassen abtrocknen mußten. Ich habe mich mit meinem Taschentuch abgetrocknet. Nicht wie ein Mensch wird man behandelt, sondern wie ein Stück Vieh."

Die Gefängnisse in der demokratischen Schieberrepublik sind heute fast nur noch für die politischen „Verbrecher" da. Nicht für alle, sondern nur für diejenigen, die den ungeheuren Sumpf der Schmarotzer und Schieber aufdecken wollten und für ihre nackte Existenz kämpften. Wie diese politischen „Verbrecher" behandelt werden, haben wir schon oft dargelegt. Wir fordern nicht nur, daß in den Gefängnissen menschenwürdige Zustände geschaffen werden, sondern daß alle politischen Gefangenen freigegeben werden.

Rednerabend der KPD.

Besonderer Umstände halber findet der nächste Informationsabend erst am Dienstag, dem 1. November, abends 7½ Uhr, im Heim der Produktivgenossenschaft statt. Die Leitung.

Deutsch-völkische Presseskulis.

Der „Rote Hilfe"-Prozeß sollte der bürgerlichen Pressemeute wieder einmal eine willkommene Gelegenheit sein, über die Kommunisten herzufallen. Die Verhandlung vor dem bürgerlichen Gericht machte ihr aber einen dicken Strich durch die Rechnung, denn sie förderte nichts zu Tage, was die bürgerliche Presse befriedigen konnte. Was durch den Prozeß noch einmal unterstrichen wurde, war nur, daß die Herren Völtz und Dubiel als willige Werkzeuge der Orgeschjustiz mißbraucht worden waren.

Die bürgerliche Presse berichtete über diesen Prozeß in ausführlicher Weise. Sie registrierte wohl alles Material, verschwieg aber dabei, daß dieses Material von den Spitzeln der Herren Völtz und Dubiel zusammengetragen worden war. Während sich die bürgerliche im allgemeinen an dieses Material hielt, genügte es der deutschvölkischen „Hallescher Zeitung" noch lange nicht. Sie durfte ihren Lesern nicht nur nicht mitteilen, daß die Hallische Polizeibehörde ein elender Spitzellumpf ist, und daß die Verhandlung keine Schuldbeweise der Angeklagten erbracht hat, sondern sie mußte vielmehr den Beweis erbringen, daß die Kommunistische Partei und im besonderen die „Rote Hilfe" eine Organisation von Betrügern ist. Sie tat das, indem sie in ihrem Bericht über die Verhandlung eine ganze Reihe von Unwahrheiten bringt und Angaben macht, worüber in der Verhandlung kein Wort gesprochen worden ist. Wir wollen hier nur einige der unverschämten Lügen und Verdächtigungen richtigstellen.

Sie berichtet, daß bei der Haussuchung in der „Roten Hilfe" eine Reihe falscher Stempel gefunden worden wären. Ueber diese Frage kann wohl kein besserer Herr Dubiel Auskunft geben. Wir wollen aber feststellen, daß nicht ein einziger falscher Stempel gefunden worden ist. Die erste Lüge. Weiter weiß die Zeitung zu berichten, daß damals alle fünf Angeklagten verhaftet worden seien. Die zweite Lüge. Genosse Kutschbauch konnte nicht verhaftet werden, weil er gar nicht mehr in der „Roten Hilfe" tätig war. Auch darüber weiß Herr Dubiel am besten Bescheid. Eine ganz gemeine und schmutzige Verleumdung ist es aber, wenn die „Hallesche Zeitung" behauptet, Genosse Kutschbauch habe wegen Betrug 15 Wochen in Untersuchungshaft gesessen. Auch davon ist in der Verhandlung kein Wort gesprochen worden.

Diese Lügen und Verleumdungen charakterisieren die Leute in der Redaktion der „Halleschen Zeitung" genug.

Klassensolidarität.

Ein schönes Beispiel von Klassensolidarität geben drei Genossen, die wegen politischer „Verbrechen" eine längere Freiheitsstrafe im Görlitzer Zuchthaus verbüßen müssen. In einem Briefe an eine Genossin in Halle schreiben sie u. a.:

„Dein Paket haben wir (nicht ich) erhalten und zum größten Teil bereits verzehrt. Wir drei „Politischen" liegen nämlich jetzt zusammen in einer Zelle. Daraus folgt natürlich, daß alles, was für einen von uns ankommt, gemeinsam verzehrt wird. Es würde mich interessieren, zu erfahren, wie gerade die Rote Hilfe in Halle darauf kommt, mir ein Paket zu schicken. Hat da Genosse M. den Vermittler gemacht? So willkommen mir im übrigen Eure Sendung war, muß ich Euch doch bitten, Eure Hilfe in erster Linie den Familien der Gefangenen zukommen zu lassen. Ich (und für die allermeisten der gefangenen Genossen gilt wohl dasselbe) bin an die Leiden und Entbehrungen derart gewöhnt, habe die Gefängnisse schon so gründlich „studiert", daß ich auch die Schrecken des Zuchthauses überwinde. Darum hilft zuerst den Familien der Gefangenen und Ermordeten. Uns könnt Ihr nur helfen, wenn Ihr die Revolution vorwärts treibt, die uns von diesen Qualen erlöst."

So denken unsere braven Kämpfer, die von der Orgeschjustiz in die Zuchthäuser geworfen wurden. Proletarier, erfüllt alle Eure Pflicht gegenüber den Genossen, die für Euch kämpfen und leiden und sorgt dafür, daß ihre Wünsche erfüllt werden.

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Die Justiz in der Ebert-Republik beweist mit jedem Tage immer mehr, daß sie eine willige Dienerin der kapitalistischen Profitgesellschaft ist. Genosse Ewert mußte nach sechsmonatiger Untersuchungshaft freigesprochen werden. Genosse Oelßner hat durch einen Hungerstreik die Qualen der Untersuchungshaft abgekürzt. Ueberall werden die Verhandlungen verschleppt. Noch Tausende schmachten unschuldig in den Gefängnissen und Zuchthäusern. Die Kappverbrecher dagegen laufen alle frei herum.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Kommt morgen vormittag um 10 Uhr in Massen nach dem Volkspark und fordert durch einen wuchtigen Protest die

Freilassung der politischen Gefangenen.

Redner: Gen. Oelßner und Gen. Schnetter.

Arbeiter, helft an dem Ausbau Eurer Presse!

Ein Arbeiter schreibt uns:

Werte Genossen!

Eure Aufforderung, unsere Presse auszubauen, wird von allen Arbeiter begrüßt werden. Alle müssen mithelfen, denn ein jeder weiß etwas zu berichten. Viele erleben täglich Dinge, die harmlos erscheinen, und in Wirklichkeit für die Arbeiterschaft aber von größtem Interesse sind. Was wird nicht alles gesehen und gehört, in den Betrieben, auf den Baustellen, auf dem Lande und in den Bureauräumen. Es wird viel zu viel über Vorkommnisse kritisiert, die eigentlich sofort in die Presse gehörten. Meistens erzählt man sich etwas darüber, erst viel später wird es dann in ganz anderer Fassung in die Redaktion gelangen, wo nichts mehr damit anzufangen ist.

Genossen, unterstützt Eure Presse. Redet nicht viel, handelt, und wir kommen ein Stück vorwärts und bald zum Ziel.

Mit revolutionärem Gruß P. D.

Wenn alle Genossen an dem Ausbau ihrer Presse so mitarbeiten, wie es der Genosse hier gezeigt hat, dann kann unsere Presse noch viel mehr als bisher den Interessen der Arbeiterschaft dienen. Gleichzeitig aber wird auch damit der Weg freigelegt für eine noch größere Verbreitung unserer Presse und unserer Ideen. Darum, Genossen, helft alle mit an dem Ausbau Eurer eigenen Presse!

Im Leihhaus.

Still, den müden Blick hin und her richtend, stehen sie da.

Frauen, Männer, Kinder sogar — alle von derselben Not gedrungen — stehen sie im kühlen, weiten Raum des Leihhauses, in Reihen friedlich und eng aneinandergepreßt.

In den Gesichtern ein durch harten Lebenskampf gehärteter Ernst, ohne Lachen, ohne Freude.

Sie stehen da, in ihren abgeschossenen, vom tagtäglichen Tragen ergrauten Kleidern sich in eine ebenso graue, freudenlose Masse zusammengießend.

Die meisten haben Bündel in den Händen . . .

Ihr Besitz von ihrem kläglichen Vermögen — Kleidungsstücke, Familienkleinode sogar wollen sie da verpfänden, um den achten, ja sogar den zehnten Teil des eigentlichen Wertes des zum Verpfänden verurteilten Gegenstandes zu bekommen . . .

Jede von den traurigen Gestalten weiß schon ganz genau, für welchen Preis sie bekommen Groschen zu verwenden sind. Für den Hauswirt, Arzt, oder vielleicht eine schon früher gemachte Schuld zu begleichen.

Wie sehr schmerzt es einen jeden, die Gegenstände, die er zu Hause so gut gebrauchen könnte, hier im Leihhaus liegen zu lassen.

Hier steht einer mit einem wehmütigen Blick seinen vor ein paar Minuten verpfändeten Mantel, der sich schon zwischen andern Kleidungsstücken auf einem Haken eingenistet hat, noch einmal an.

„Ob ich nun das Geld sammeln kann, um ihn hier wieder herauszubekommen . . ." denkt er. „Es wird schon kalt, wie sehr werde ich mich dann ohne ihn quälen müssen . . . Es geht aber nicht anders," fügt er resigniert, aber mit tiefem Seufzer hinzu.

Er sieht ihn noch einmal an, und mit einem Male kommt ihm der Mantel noch ganz gut erhalten, fast wie neu vor . . .

Ein anderer verpfändet Schuhe. Wirklich neue Schuhe. Und denselben verzweifelten Ausdruck hat er im Gesicht wie der erste.

O du Mantelverpfänder! In deiner Macht liegt es, daß es doch anders geht, daß du nicht ohne dein unentbehrliches Kleidungsstück zum Herbst bleibst. Oeffne die Augen, strecke die Arme und stelle dich in die Reihen deiner um ein besseres Los kämpfenden Brüder!

Ihr Klassen- und Leidensgenossen! Zertrümmert und zerschlagt die flüchen Räume der bürgerlichen Wohltat! Bauet eine neue Ordnung, eine neue Welt, wo ihr nicht als graue, alles entbehrende Masse euer Dasein fristet, sondern als gesunde und freudige Walter der sonnigen Welt!

* **Teuerungszuschüsse für Schwerkriegsbeschädigte und Kriegerwitwen.** Diejenigen Schwerkriegsbeschädigten, die ihren Teuerungszuschuß an den bekannt gemachten Tagen nicht abgeholt haben, werden nochmals ersucht, diesen nunmehr am Montag, dem 31. Oktober, oder Dienstag, dem 1. November, im Bureau der Fürsorgestelle, Neue Promenade 8, in Empfang zu nehmen. Das gleiche gilt für erwerbslose Kriegerwitwen und Witwen von Altrentnern. Diese können die Erhöhung der Teuerungszuschüsse, falls sie diese noch nicht abgeholt haben, Montag, den 31. Oktober und Dienstag, den 1. November, noch nachträglich im Bureau der Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, Kleine Steinstraße 8 III, erhalten.

* **Ein Liter Milch 3,80 Mk.** Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel steigen von Stunde zu Stunde. Vor einigen Tagen erst ist der Milchpreis um 60 Pfennige auf 3,40 Mk. das Liter heraufgesetzt worden. Heute wird uns mitgeteilt, daß der Preis für Milch abermals erhöht worden sei. Vom 1. November kostet ein Liter Milch im Kleinhandel nicht mehr 3,40 Mk., sondern 3,80 Mk. — Die Profitgauner sind in hellem Taumel, ihre Profite steigen von Stunde zu Stunde.

* **Achtung, Jugendkartell!** Am Dienstag, dem 1. November, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Ausschußsitzung statt.

* **Die Quäkerspeisungen** für die Kleinkinder, hoffenden und stillenden Mütter sowie Jugendliche und Schulkinder beginnen am nächsten Montag, dem 31. Oktober, in den bisherigen Speisestellen.

* **Kommunistische Kindergruppe.** Am Sonntag treffen wir um um 2 Uhr im Garten des „Volkspark". Die Weißenfelser werden nicht vom Bahnhof abgeholt, sie kommen auf einem anderen Weg zu uns. Die Mandolinengruppe der Jugend und die der Kindergruppe treffen sich um 8 Uhr am Riebeckplatz zu einem Ausfluge. — Die Gruppen haben jeden Dienstag um 5 Uhr ihre besondere Arbeitsgemeinschaft, und zwar im „Volkspark", dem Jugendheim und der Produktivgenossenschaft. Mittwochs finden in denselben Lokalen Spiele, Lieder- oder sonstige Veranstaltungen von 8 bis 5 Uhr statt. Die übrigen Veranstaltungen regeln die Gruppen selbst. Die gemeinsame Mandolinenübungsstunde ist Dienstag und Donnerstag im Heim. — Unser Elternabend findet bestimmt am Freitag, dem 11. November, abends ½7 Uhr im „Volkspark" statt. Eintrittspreise sind für Erwachsene 1,50 Mk., für Kinder 50 Pf., für unsere Mitglieder 30 Pf. — Die nächste Vorstandssitzung ist Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr im „Volkspark". Wir werden in nächster Zeit für Leiterinnen und Leiter besondere Vortrags- und Diskussionsabende einrichten. Für den Winter werden wir mit guten, reichhaltigen Vorträgen vor Euch, Kinder, treten. Darum tretet ein in die Kindergruppe! Ihr Eltern, gebt Euren Kindern die 30 Pf. für den jungen Genossen.

* **Zentral-Bibliothek „Volkspark".** Den Lesern unserer Bibliothek hierdurch zur Kenntnis, daß die Ausleihe der Bücher ab 1. November nicht wie bisher nachmittags von 6 bis 8 Uhr, sondern an den Wochentagen Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag nachmittags von 6½ bis 8½ Uhr stattfindet.

* **Stadttheater Halle.** Am heutigen Sonnabend, abends 7½ Uhr gastieren Kammersänger Eduard Habich, Staatsoper Berlin, als Alberich und Kammersänger Dr. Paul Kuhn, Berlin, als Mime in Richard Wagners „Rheingold". Sonntag nachmittag 3 Uhr wird als Volksvorstellung bei kleinen Preisen das Schauspiel „Rosmersholm" von Henrik Ibsen gegeben, Sonntag abend „Das Dreimäderlhaus".

* Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntagabend 7½ Uhr Schillers „Kabale und Liebe" zur Aufführung.

* Freie Volksbühne. Thalia-Theater. 1. Aufführungsreihe: Nathan der Weise. Spieltag M: Montag, den 31. Oktober.

Rietleben. Zugunsten der Rußlandhilfe findet am Sonntag, dem 30. Oktober, eine Parteiveranstaltung statt. Nachmittags um 3 Uhr findet vom „Gasthof zur Sonne" ein Umzug statt. Ein reichhaltiges Programm ist vorgesehen. Der Mandolinenklub der Hallschen Jugend hat sich zur Verfügung gestellt. Genossen, sorgt durch zahlreichen Besuch dafür, daß der Russenhilfe ein namhafter Betrag abgeführt werden kann.

Diemitz. 60-Stunden-Woche bei der Firma Reckmann. Von einem Arbeiter wird uns geschrieben. Wie die 60-Stunden-Woche bei der Firma Friedrich Reckmann eingeführt wurde, zeigt folgendes: Am Sonnabend, dem 22. Oktober, erschien während der Mittagspause der Betriebsrat Krumpe im Spülraum und verkündete seinen Arbeitskollegen: „Kollegen, wir sind beim Chef vorstellig gewesen zwecks Lohnerhöhung. Der Chef aber ist nicht in der Lage, uns eine solche zu gewähren. Auf unsere Veranlassung hin hat der Chef „erlaubt", daß wir 60 Stunden arbeiten dürfen. Wer also Lust hat, kann länger arbeiten, wenn möglich, auch Sonntags." Als hierauf einige Kollegen eine Abstimmung über die Einführung der 60-Stunden-Woche verlangten, erklärte dieser famose Betriebsrat, daß eine Abstimmung nach dem Betriebsrätegesetz unzulässig sei. Der Betriebsrat begründete dann seine Schmarotzertätigkeit damit, daß der Chef doch der Bezieher von Kartoffeln für 50 Mk. pro Zentner besorgt habe, und da müßte man doch der Firma auch ein bißchen entgegenkommen. Wer sich gegen die 60-Stunden-Woche sträubt, wird auf die Arbeitsordnung verwiesen, und es wird ihm freigestellt, seiner Wege zu gehen." Dieser skandalöse Betriebsrat bringt es fertig, seine Arbeitskollegen für das Unternehmerzugeständnis, „billige" Kartoffeln zu besorgen, vollkommen an seinen „Chef" auszuliefern. Arbeiter, wehrt Euch mit allen Mitteln dagegen und verweigert die Ueberarbeit. Es kann Euch niemand dazu zwingen. Noch ist der Achtstundentag Gesetz. Kämpft für seine Erhaltung. Denkt an Eure Arbeitsbrüder, die monatelang schon ohne Beschäftigung auf der Straße liegen.

Osendorf. Achtung, Betriebsräte von Grube Henriette I. In letzter Stunde haben die Gelben, für die am 2. November stattfindenden Betriebsrätewahlen eine Sonderliste aufgestellt. Sie spekulieren auf die Gleichgültigkeit der Kameraden und hoffen auf diese Weise Unterschlupf im Betriebsrat zu finden. Kameraden! Die gelben Organisationen sind von den Bergherren geschaffen worden, zu dem Zwecke, den Einfluß der freien Gewerkschaften zu brechen. Sorgt dafür, daß sie nicht in den Betriebsrat kommen. Wählt nur die Liste der freien Gewerkschaften.

Sport

T.-V. „Die Naturfreunde". Sonntag: Tageswanderung nach den Spitzbergen. Ab früh 7 Uhr vom Hettstedter Bahnhof, Dienstag abends 7 Uhr: Musikgruppe im Mozartsaal, Weidenplan 20. Im großen Saale des „Volkspark" Jugendpflegeabend (körperliche Bildung). Mittwoch abends 7 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Harz 42/44, Zimmer 14: Arbeitsgemeinschaft. In der Turnhalle der Klosterschule abends 7 Uhr: Volkstanzabend.

„Minerva"-Platz am Rosengarten. 3 Uhr nachmittags Minerva I. „Fichte I", Ammendorf. Das Spiel der 2. Mannschaft fällt aus. Die 8. Mannschaft „Askania" III-Rietleben: Abfahrt 1 Uhr. 4. Mannschaft „Sportklub 07" IV-Dörbig: Treffpunkt 6 Uhr vormittags Hauptbahnhof. Abfahrt 6,38 Uhr. Auf dem „Fichte"-Platz Sandanger 11 Uhr: Minerva-Jugend-Fichte-Jugend. 1 Uhr: Minerva I, Schüler-Fichte I, Schüler. 2 Uhr: Minerva II, Schüler-Fichte II, Schüler.

Postbezieher vom „Klassenkampf"

wollen in diesen Tagen die Bestellung bei der Post aufgeben, damit eine pünktliche Zustellung gewährleistet ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

An unsere Trägerinnen!

Unseren Trägerinnen geben wir bekannt, daß vom 1. November an sich der Trägerlohn von 1 Mk. auf 1,15 Mk. pro Abonnent erhöht und der der Fahrerinnen um monatlich 30 Mk. Der Verlag.

Profit in Gefahr!

Laut Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist die Zwangswirtschaft für Zucker der neuen Ernte aufgehoben. Einige Uebergangsbestimmungen bleiben noch für den Zucker aus der Ernte 1920 bestehen. Die daraus noch vorhandenen Zuckerbestände sollen übernommen und die Verarbeitung der vorhandenen Bestände an Rohzucker und Zwischenerzeugnisse aus der früheren Ernte geregelt werden.

Die Zuckerindustriellen, die Großhändler und die Zuckerrübenjunker sind von der freien Zuckerwirtschaft keineswegs beglückt. Warum? Weil die „Annäherung an die Weltmarktpreise" in diesem Falle für sie nicht profitabel wäre. Die Weltmarktpreise für Zucker sind bedeutend niedriger als die Inlandpreise.

Um die ausländische Konkurrenz vom Leibe zu halten, ertönt jetzt das Geschrei nach Schutzzöllen. Ein Einfuhrzoll von 20 Mark für den Zentner soll erhoben werden. Die Ein- und Ausfuhr bleibt vorläufig verboten, und soll von einer Zuckerwirtschaftsstelle in Zukunft von Fall zu Fall bestimmt werden. Die Aufgabe dieser Zuckerwirtschaftsstelle soll darin bestehen, der Zuckerindustrie ein sicheres Arbeiten zu ermöglichen, d. h. gemäß den Profitinteressen der deutschen Zuckerindustrie alle Fragen regeln.

Der Arbeiter und Kleinbauer soll keinen billigeren ausländischen Zucker erhalten, die Preise für Inlandzucker bleiben bestehen, ja, es wird sogar eine Preiserhöhung von der Zuckerindustrie gefordert.

Dieser Fall zeigt anschaulich, daß die Industrie- und Bodenkapitalisten die Zwangswirtschaft nur dann bekämpfen, wenn ihr Profitinteresse das erfordert. Sie heißen die Zwangswirtschaft gut, wollen sie sogar freiwillig weiter führen, wenn ihre Profite durch ausländische Konkurrenten in Gefahr sind. Nicht „für oder gegen die Zwangswirtschaft" wird entschieden, sondern einzig und allein: für den Profit!

Auch das arbeitende Volk darf nicht entscheiden, nach der oder jener Form der kapitalistischen Ausbeutung, sondern ihre Aufgabe ist, sie zu beseitigen. Deshalb gilt es, zu kämpfen für die Regelung der Wirtschaft durch die Arbeiter und Kleinbauern in ihrem Interesse.

Die Tätigkeit der kommunistischen Betriebsobleute.

Die Kommunistische Partei will dem Proletariat in seinem Befreiungskampf Führerin sein. Den Kampf selbst kann nicht allein die Partei, sondern muß das Proletariat als Masse führen. Unsere Aufgabe ist es deshalb, die Massen auf einen geschlossenen Kampfboden und eine einheitliche politische Linie einzustellen. Das können wir aber nur, wenn wir überall auf die Arbeiter einwirken, dort, wo wir sie immer finden. Ihnen durch Presse, Propaganda und vor allem durch unsere praktische Tätigkeit zeigen, daß die Kommunisten immer und überall am rücksichtslosesten ihre Interessen vertreten. Diese Möglichkeit bietet sich dort am besten, wo der Arbeiter fast ein halbes Leben verbringt, dort wo er die „Segnungen" des Kapitals am unmittelbarsten verspürt, im Betrieb. Dort kommen die Kommunisten tagtäglich mit allen Arbeitern in Berührung. Noch kein Gewerkschaftsbureaukrat, kein SPD.- oder USPD.-„Führer" hat ein Rezept erfunden, wie er auch dort die Arbeiter von uns isolieren könnte. Deshalb ist auch die Tätigkeit der politischen Betriebsobleute die wichtigste, die zu erfüllen ist. Ein ungeheuer großes Tätigkeitsfeld ist jedem einzelnen Genossen, der als Betriebsobmann fungiert, zugewiesen. Zunächst muß er von jedem Mitarbeiter wissen, ob er politisch und gewerkschaftlich, in welcher Partei und in welcher Gewerkschaft er organisiert ist, um so ein klares Bild über das Kräfteverhältnis zu erhalten. Er hat allen Kommunisten im Betriebe Anleitungen für die Propaganda innerhalb des Betriebes zu geben und ihre Tätigkeit zu überwachen. Er ist dafür verantwortlich, daß in dem Betrieb selbst, sowie in den darin vertretenen Gewerkschaften und im Betriebsrat kommunistische Fraktionen gebildet sind, deren politische Tätigkeit er ebenfalls zu überwachen hat. Nichts darf überhaupt im Betrieb geschehen, das seinen wachsamen Augen entgeht. Ueber alle Vorgänge hat er der Ortsleitung sowie der Presse Bericht zu erstatten. Nur so ist es möglich, daß ein enges Zusammenarbeiten zwischen allen Funktionären gewährleistet ist und die Presse über alle wichtigen Vorgänge berichten und diese politisch auswerten kann. So oft wie möglich muß er alle im Betrieb tätigen Genossen zusammenrufen, um zu der Lage im Betrieb Stellung zu nehmen und Anweisungen für die weitere Arbeit zu geben. Die Verteilung von Flugblättern und sonstigem Material im Betrieb ist planmäßig zu organisieren. Alle Sammellisten, die zirkulieren, gehen durch seine Hand.

Nur kurz haben wir die wichtigste Tätigkeit skizziert und doch wird jedem Genossen klar geworden sein, welches ungeheure Tätigkeitsfeld hier vor uns liegt. Dazu kommt noch, daß sich bei der praktischen Arbeit selbstverständlich immer noch neue Lücken zeigen werden, die auszufüllen sind. Der politische Betriebsobmann wird seinen Posten nur ganz ausfüllen können, wenn er einmal sonst keine weitere Parteiarbeit zu leisten hat und wenn er weiter sich einen Stab von Hilfsarbeitern heranzuziehen versteht.

Weiter ist zu bedenken, daß dort, wo die Kommunisten im Betrieb in der Minderheit sind, die Obleute mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Selbst in den übrigen Betrieben wird es nicht ganz leicht sein, da mit dem Eingreifen der Unternehmer gerechnet werden muß. Je nach Lage der Sache muß man sich deshalb auf illegale Arbeit einrichten. Aus allem ergibt sich, daß zu diesem nur die tüchtigsten und opferwilligsten Genossen genommen werden sollten. Die Schwierigkeiten sind groß, aber wir müssen sie überwinden im Interesse der Partei, im Interesse der Revolution.

Drum frisch ans Werk! Wo noch keine Betriebsfraktionen bestehen, müssen sofort welche gebildet werden, worauf ungesäumt an das Gewerkschaftssekretariat der KPD., Lerchenfeldstraße 14, Meldung erstattet werden muß.

Die neue Ortsklasseneinteilung.

Aus einer Berliner Blättermeldung ist über die Grundsätze, nach denen die endgültige Aufstellung des neuen Ortsklassenverzeichnisses erfolgen soll, zu entnehmen, daß dabei besonders das Wirtschaftsleben in den neuen Grenzbezirken und im besetzten Gebiet berücksichtigt werden soll. Für die Einstufung der die Groß- oder mittleren Städte umgebenden Vororte wird der bauliche Zusammenhang als ausschlaggebend betrachtet werden. Allgemein will man von Herabstufungen gegenüber den Festsetzungen des vorläufigen Ortsverzeichnisses absehen, nur bei einigen Städten, z. B. Gera, Staßfurt und Altenburg bedarf diese Frage noch weiterer Prüfung. Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze würden in der Provinz Sachsen die Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern wie folgt eingereiht werden: Ortsklasse G: Magdeburg, Staßfurt, Schierke, Wittenberg, Halle, Bitterfeld, Merseburg, Weißenfels, Zeitz, Piesteritz, Klein-Wittenberg, Rothemark, Greppin, Sandersdorf, Zscherndorf, Holzweißig, Friedersdorf, Wolfen, Ammendorf, Böllberg, Wörmlitz, Diemitz, Nietleben, Beesen, Burg (Aue), Osendorf, Radewell, Hohenmölsen, Teuchern, Theißen, Großkayna, Kleinkayna, Zetzsch, Wählitz, Naundorf, Tackau, Wildschütz, Deuben, Brödix, Nixdix, Nonnewitz, Luckenau, Streckau, Trebnitz, Gaumnitz, Reidau, Reussen, Erfurt. Ortsklasse C: Delitzsch, Eilenburg, Eisleben, Naumburg, Pratau, Apollensdorf, Reinsdorf, Dobin, Gräfenhainichen, Golpa, Zschornewitz, Pöplitz, Burgkemnitz, Muldenstein, Mühlbeck, Pouch, Niemegk, Roitzsch, Schraplau, Bad Kösen, Grünwalde, Bockwitz, Kleinleipisch, Haundorf, Mückenberg, Lauchhammer, Dolsthaida, Nordhausen, Mühlhausen (Thüringen), Langensalza, Suhl, Suhlerneudorf, Stützerbach, Vesser, Schmiedefeld, Frauenwald, Benneckenstein, Bleicherode, Ufhofen, Sömmerda, Hochheim, Gispersleben.

Die endgültige Entscheidung über diese Vorschläge soll in Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung erfolgen, die Anfang November stattfinden werden.

Sangerhausen. Der Arbeiter-Bildungsausschuß hat sich wieder zusammengefunden und das Programm für das kommende Winterhalbjahr festgesetzt. Es wird jetzt schon darauf hingewiesen, daß am Sonnabend, dem 5. November, im Saale des „Schützenhauses" von der proletarischen Bühne des Arbeiter-Bildungsvereins Kröllwitz das dreiaktige Schauspiel: „Wie lange noch!" von Fr. Jung aufgeführt wird. Am Sonntag, dem 6. November, findet eine Matinee statt, in welcher „Die Internationale" zur Aufführung kommt. Bei diesen Veranstalungen werden wieder die notwendigen Freiquartiere gebraucht. Es handelt sich um die Unterbringung von zirka 32 Mann. Anmeldungen für Freiquartiere werden vom Genossen Haberland angenommen. Weiter soll Anfang Dezember eine Unterhaltung geboten werden, bestehend in Gesang, Rezitationen und Tänzen. Ausgeführt von der beliebten Künstlertruppe Geschwister Eilfeld aus Essen. Anfang Januar ist ein wissenschaftlicher Lichtbildervortrag von Berthold Gottschalk aus Leipzig vorgesehen mit dem Thema: „Schuf Gott die Erde und den Menschen oder war es ein natürlicher Vorgang." Wir weisen hiermit auf diese Veranstaltungen hin und hoffen auf recht rege Unterstützung.

Wolfen. Proletarisches Klassenbewußtsein hat ohne Zweifel der ehemalige Feldwebel Schirmer aus Leipzig, jetzt als Vorarbeiter bei Malermeister Schwarze (Halle) in der Filmfabrik Wolfen beschäftigt. Er fühlt sich noch immer als „Mutter" der Kompagnie, schikaniert, treibt an, und will alle kommunistisch gesinnten Arbeiter arbeitslos machen. Warum? Vielleicht weiß er es selbst nicht, vielleicht ist er „Spartakistenfresser", wer weiß? Auch mit den tariflich vereinbarten Arbeitsleistungen ist er nicht nicht zufrieden; sein Brotherr könnte dabei zu wenig verdienen. Hoffentlich sind die Arbeiter, die unter seiner Fuchtel stehen, Manns genug, diesen „Proletarier" in die gebührenden Schranken zu verweisen. Hier muß es heißen: Einer für alle, alle für einen!

Delitzsch. Steine statt Brot! In einer Versammlung des Jugendpflegeausschusses des Kreises Delitzsch zerbrach man sich neulich den Kopf darüber, wie man der Jugend helfen müsse, aus ihrer sittlichen und geistigen Not (wirtschaftliche Not gibt es nicht!) herauszukommen. Man faßte dabei auch einen Beschluß wie folgt: „Es ist Pflicht jeder Volksvertretung und jeder Behörde im Kreise und in der Gemeinde, alle Bestrebungen der Jugendbewegung und der Jugendpflege tatkräftig zu unterstützen." Wie ernst es den Herren ist mit der Durchführung ihrer Beschlüsse, zeigte sich noch am selben Abend. Das Jugendkartell Delitzsch hatte zu einer öffentlichen Jugendversammlung aufgerufen mit dem Thema: „Die wirtschaftliche Notlage der Jugend und die Bildung von Jugendkartellen." Die Versammlung sollte stattfinden in der Aula einer Volksschule, die an jenem Abend der kommunistischen Jugend überlassen ist. Der Sicherheit halber wurde aber noch ein Antrag an den Magistrat gestellt. Doch dieser zog es vor, statt seiner Zusage einen behelmten Schutzmann zu schicken, der den Eingang der Schultür besetzt hielt. So ernst ist es also den Herren im Magistrat, der Jugend zu helfen! — Aber ich hab' es ja ganz vergessen; Landrat Raute sagte ja: Revolutionäre Reden im Parlament, aber im Handeln streng neutral. — Und die Schule muß neutral bleiben. Was verstehen auch solche Bengels (oder besser „jungen Freunde") von Politik gegen solch erfahrene Herren. Ein gewaltiger Sturm der Empörung sollte losbrechen unter der Jugend. Uns gibt man weder Geld noch Räume. Ein Vierteljahr ist es her, als die KJ. einen Antrag auf finanzielle Unterstützung an den Jugendpflegeausschuß stellte und noch immer ist jegliche Antwort ausgeblieben. Aber wenn bürgerliche und kleinbürgerliche Wandervögel und Fußballklubs, Freideutsche und Deutsche Turner, christliche Jungfrauen und Jünglinge um Unterstützung bitten, da wird der Geldsack weit aufgemacht; da hat man Räume zur Verfügung. Wir aber sind eingepfercht in rauchige enge Gasthofzimmer; nur einmal wöchentlich gewährt man uns ein Schulzimmer. — Auf, Jugendgenossen, tretet geschlossen ein für die Freigabe von Schulräumen zu Euren Veranstaltungen und protestiert öffentlich dafür in einer Demonstration des Jugendkartells vor den Behörden.

— Auflösung des Stadtparlaments. Die Stadtverordneten beschäftigten sich in der letzten Sitzung mit der endgültigen Besoldungsregelung der städtischen Beamten. Diese Angelegenheit hatte schon früher der Versammlung vorgelegen, nur konnte man in der Eingruppierung in die Besoldungsklassen nach dem Reichsgesetz vom 8. Juli 1920 zu keiner Uebereinstimmung gelangen. Nun lag aber die Entscheidung des Bezirksausschusses vor und diesem Beschluß unterwarfen sich Magistrat und Stadtverordnete. Somit kommen nun auch die städtischen Beamten in den Genuß der neuen Besoldungsreform. In der gleichen Sitzung legten die sechs Vertreter der SPD. ihre Mandate nieder. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung beschlußunfähig geworden und es müssen nun Neuwahlen vorgenommen werden. Es gilt deshalb jetzt schon, alle Vorbereitungen zu treffen, damit die Arbeiterschaft den Kampf mit der Reaktion siegreich bestehen kann.

Glesien. Arbeiterturner. Am letzten Sonnabend feierte die Vorturnerschaft der Freien Turnerschaft Glesien ihr Herbstvergnügen, verbunden mit turnerischen Aufführungen. Dabei wurde gezeigt, daß die junge Schar wirklich Hervorragendes leistet. Die Freie Turnerschaft kann mit Stolz auf ihre Vorturnerschaft blicken. Wir möchten an dieser Stelle allen Arbeitereltern zurufen: „Sendet Eure Kinder in den Arbeiter-Turnverein, dort ist ihr Platz und nicht in bürgerlichen Klimbimvereinen. Unsere Turnstunden finden jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr statt.

Kemberg. Eine eifrige Sammeltätigkeit für Sowjet-Rußland leisteten unsere hiesigen Genossinnen. Es wurden folgende Kleidungsstücke gesammelt: 1 Frauenunterrock, 3 Meter neue Leinwand, 1 Kinderjäckchen, 1 wollene Mütze, 1 Paar Frauenstrümpfe, 1 Kinderhalstuch, 2 Paar neue Männerstrümpfe, 1 Männerunterhose, 3 Kinderhöschen, 2 Frauenjacken, 1 Kinderschürze, 2 Kinderkleider, 1 Frauenoberrock, 1 Frauenjacke, 1 Kinderleibchen, 3 Kinderhemdchen, 2 Kinderjoppen, 1 Kinderunterrock, ein Kinderkleid, 1 Kinderlatz, 1 Kinderhemd, 1 Frauenjacke, 2 Kinderröckchen, 1 Kinderschürze, 2 Kinderjacken. — Zur Nachahmung bestens empfohlen!

Wittenberg. Die Holzarbeiter für den Klassenkampf! In der am 18. Oktober stattgefundenen Generalversammlung der Holzarbeiter wurde zu einem Vorschlag des Hauptvorstandes betreffend Neuregelung der Beitragssätze Stellung genommen. Allgemein wurde anerkannt, daß zum Kämpfen Geld gebraucht wird. Man verwarf aber die heutige Kampftaktik, örtliche Kämpfe zu führen zur Erringung von einigen Pfennigen Lohn. Alle Redner waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften, um als Kampforganisation zu wirken, umgestellt werden müssen. Kollege Fechner (Komm.) verwarf die Ansicht einiger Kollegen, die da glaubten, mit dem Austritt aus dem Verband den Hauptvorstand in andere Bahnen zu zwingen. Das Gegenteil ist richtig. Alle noch fernstehenden Kollegen müssen gewonnen und zu Kämpfern in unserem Sinne erzogen werden. Darum darf kein Kollege, welcher Besserung der Lebenslage wünscht, sich durch die etwaigen Erhöhungen der Beiträge zurückziehen. Einstimmig wurde dann folgende Resolution dem Hauptvorstand übermittelt:

„Die am 18. Oktober 1921 stattgefundene Extra-Generalversammlung der Holzarbeiter der Zahlstelle Wittenberg nimmt Kenntnis von dem Vorschlag des Hauptvorstandes zwecks Neuregelung der Verbandsbeiträge. Die Versammlung erkennt die die Notwendigkeit der Beitragserhöhung an, sieht aber in der heutigen Kampftaktik keine Rettung für die Mitglieder aus dem wirtschaftlichen Elend. Es ist eine bestehende Tatsache, daß nach jedem scheinbaren Erfolg die Lage der Kollegen eine immer schlechtere geworden ist. Daraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften, um sich das Vertrauen der Mitglieder zu wahren, andere Wege gehen müssen. Wir fordern daher den Hauptvorstand auf, im ADGB. seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß nicht mehr Teilkämpfe zur Erringung von einigen Pfennigen Lohnerhöhung stattfinden, denn das ist nur ein Schlag ins Wasser, sondern daß der Kampf aufgenommen wird auf der ganzen Linie, zur Erringung der Mitbestimmung im Produktionsprozeß, um damit den Preistreibereien ein Ende zu machen, und damit den dauernden, Zeit, Geld und Kräfte verschwendenden Kämpfen ein Ende zu bereiten. Haben wir die Gewißheit, daß der Hauptvorstand seine ganze Persönlichkeit dafür einsetzt, in diesem Sinne die Gewerkschaften einzustellen, sind wir gern bereit, noch höhere Opfer zu bringen. Solange dies aber nicht geschehen ist, lehnen wir jede Beitragserhöhung ab."

Schkeuditz. Ueber die Märzaktion und die Bedeutung des Untersuchungsausschusses referierte am Freitag voriger Woche vor einer gutbesuchten Volksversammlung im Bahnhofshotel Genosse Kilian (Halle). Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses sind für uns Kommunisten insofern von Bedeutung, als uns dadurch bestätigt wird, daß die Stellung, die die Kommunistische Partei einnahm, richtig war. Die Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist: Ursache, Verlauf und die Folgen des Aufstandes in Mitteldeutschland festzustellen. Nachdem der Sozialdemokrat Hörsing durch die Polizeiaktion im Mansfeldschen das Proletariat zum Kampfe herausforderte, benutzte man die Gelegenheit, gegen die kommunistische Bewegung zu Felde zu ziehen, um sie niederzuschlagen. Ueber den Verlauf der Märzaktion wußte man nur die Fälle zu behandeln, in denen die Kommunisten sich sollten vergangen haben, mußte aber offiziell feststellen, daß all die Anschuldigungen vollkommen haltlos waren. Auf der andern Seite vergaß man, die begangenen Bestialitäten der Ordnungsbestie in Erwähnung zu bringen. Es ist bekannt, daß das mitteldeutsche Proletariat durch die Märzaktion seiner besten Kämpfer beraubt ist dadurch, daß man sie meuchlings mordete oder sie auf Tausende von Jahren hinter Zuchthausmauern setzte. Weil es nun unsere heiligste Pflicht ist, für die Angehörigen derselben zu sorgen, wurde eine Sammlung für die „Rote Hilfe" veranstaltet. Ertrag 115 Mk.

Wehlitz b. Schkeuditz. Die proletarischen Freidenker berufen für Sonnabend, den 29. Oktober, eine öffentliche Versammlung nach Thiemes Gasthof ein. Genosse Nagel (Großzschocher) spricht über: „Kirche und neue Zeit." Revolutionäre Volksgenossen, Frauen und erwachsene Jugend, erscheint recht zahlreich in dieser wichtigen und aufklärenden Versammlung. Die Gegner unserer Sache, speziell die Geistlichkeit, sind hierzu besonders eingeladen. Freie Aussprache für jedermann.

Liebenwerda. Siedlungsbestrebungen. Der „Schraden", ein über 8000 Morgen großer forstfiskalischer Plan im östlichen Teil des Kreises Liebenwerda, bestehend aus Wald und Wiesen, soll in Ackerland umgewandelt werden, da durch die Kohlenindustrie in dieser Gegend planmäßig bisher ganze Bauerndörfer aufgekauft wurden. Schon viele Jahre geht diese Bewegung, betrieben durch die landwirtschaftliche Kreisvertretung, die bewegten Schradendörfer und vielen Behörden und Instanzen. 4000 Morgen sind bereits an die landhungrigen Bewohner verpachtet und dadurch der Allgemeinheit nutzbar gemacht worden. In einer großen Versammlung in Plessa wurde von Fachleuten diese Möglichkeit zur Umwandlung zugegeben. Auch der Forstfiskus legt jetzt keinen allzu großen Wert mehr auf die Erhaltung des Schradenwaldes. Der Landwirtschaftsminister hat sich mit der Siedlung einverstanden erklärt. Die bisherigen Pächter, die schon als Kolonisten im Schraden sitzen, sollen bis zur selbständigen Ackernahrung dies Land als eigen behalten dürfen. Die Regierung gibt diese Größe als bis zu 30 Morgen an für eine Nahrung. Die ansässigen Landwirte dagegen betonen, daß 50 Morgen Land erforderlich sind. Der Wald soll abgenommen werden. Das Projekt geht natürlich sehr langsam vorwärts und findet noch große Widerstände. Neusiedlungen können in allen Größen, vom großen Bauernhof bis zur Arbeitersiedlung, geschaffen werden.

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Dunker-Kursus. Es sei darauf hingewiesen, daß am Sonntag, dem 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, der Kursus fortgesetzt wird. Für den ausgefallenen Vortrag am Sonntag wird der Kursus um eine Woche verlängert. Alles pünktlich zur Stelle, denn die wichtigsten Fragen werden erst noch behandelt werden.

— Unglücksfall. Auf der Baustelle am Bahnhof verunglückte der Arbeiter Hermann Gieseler dadurch, daß er mit dem Gerüst zusammenbrach. Der Verunglückte wurde sofort dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Die Verletzungen sind leichter Natur.

— Es geht vorwärts! Eine kommunistische Kindergruppe ist jetzt hier ins Leben gerufen worden und es haben sich bereits viele Kinder eingefunden. Die Bildung einer Kindergruppe war vor der Märzaktion nicht möglich. Wir sehen hierin den besten Beweis, daß die Arbeiterschaft immer mehr und mehr erkannt hat, daß nur die KPD. die einzige Arbeiterpartei ist. Eltern! Schickt alle Kinder in die nächste Zusammenkunft der Kinder, um eine kräftige kommunistische Generation heranzuziehen.

Hergisdorf. Auch eine „Staatsstütze". In unserem Orte hat sich der Ortsrichter Paul Weber anläßlich der Märzaktion sehr hervorgetan, als es galt, unsere Genossen ihrer „gerechten" Strafe zuzuführen. Deshalb ist es notwendig, uns diesen Herrn einmal etwas genauer zu betrachten. Es ist sonst nicht unsere Sache, das Privatleben solcher Herrschaften zu beleuchten, aber bei Leuten, die so gerne zu einem Termin fahren, weil sie nach ihrer eigenen Aussage dabei etwas verdienten, gibt es in dieser Hinsicht keine Schonung. Gehen da zur Eisleber „Wiese" zwei Herren in das Konzertzelt von Lüttich und bestellen Kaffee mit Zucker. Da nun kein Zucker mitkam, greift der Ortsrichter Weber, denn es war einer dieser beiden, in seine Tasche, nimmt ein Bündel Zuckermarken und rührt den Kaffee damit um. Später konnte man dann in der Bäckergasse einige herausgeworfene Gäste feststellen, die aber nicht verzagten, sondern nach der Kasseler Straße zogen. Man erzählt, es seien Ortsschulzen gewesen. Na, aber —!

Unterrißdorf. Erschossen. In der Nacht zum 25. Oktober versuchten einige Personen in das Gehöft des Landwirts Ohme in Unterrißdorf einzudringen. Sie wurden aber entdeckt, worauf sich eine Schießerei entspann, bei der der Arbeiter Heinrich von Ohme erschossen wurde. Dieser behauptet, daß er als Angegriffener sich in Notwehr befunden habe. Die eingeleitete Untersuchung muß volle Aufklärung bringen.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik der Bauarbeiter.

In einer sehr stark besuchten Versammlung nahmen am Freitag die streikenden Bauarbeiter den Bericht der Streikleitung entgegen. Danach sind 1200 bis 1300 Kollegen in den Ausstand getreten. Es wurde noch einmal die Ursache dargelegt, die zu dem Beschluß, die Arbeit einzustellen, geführt hat. Ganz besonderes Interesse erweckte ein Bericht der Arbeitgeber in der „Saale-Zeitung", wonach die Bauarbeiter den voraufgegangenen Tarifbrüchen in der Vertragsperiode, noch einen neuen hinzugefügt hätten. Weil also die Bauarbeiter ein Angebot, welches ihnen nicht zusagte, nach zweimaliger Beratung ablehnten und dann die Waffe des Streiks für sich in Anspruch nahmen, deshalb sollen sie einen „glatten Tarifbruch" begangen haben. Uns scheint denn doch, daß sich die Herren in einem Irrtum befinden. Hätten die Bauarbeiter das Angebot angenommen und wären dann zum Streik übergegangen, dann müßten wir dem Artikelschreiber beipflichten.

In recht auffälliger Weise werden die Lohnsteigerungen hervorgehoben, das beweist aber nur, daß am Anfang dieses Jahres die Entlohnung der Bauarbeiter zu niedrig war, weil selbst die Unparteiischen des Bezirkslohnamtes für das Baugewerbe für die Erhöhung der Löhne eingetreten sind. In recht scharfmacherischer Weise legt der Berichterstatter in der „Saale-Zeitung" dar, wie „günstig" gerade die Bauhilfsarbeiter im Lohn gestellt seien. Hier müssen wir die Frage aufwerfen: Sollen denn die Bauarbeiter nicht auch das Recht ans Leben haben?

Die Arbeitgeber haben zur Entscheidung darüber, ob die Bauarbeiter Tarifbruch begangen haben, das Tarifamt angerufen. Das Urteil soll heute, Sonnabend, gesprochen werden. Trotzdem werden sich die Bauarbeiter nicht einschüchtern lassen, sie sind gewillt, so lange zu kämpfen, bis die größer gewordene Differenz zwischen Gesellen- und Bauhilfsarbeiterlohn beseitigt ist. **Die Streikleitung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0007
DFG

Die Versammlung der streikenden Bauarbeiter am Freitagvormittag befaßte sich noch mit folgenden Fragen: Streik der Mitglieder der Bauausführungs-Genossenschaft, Wiederaufnahme der Arbeit bei den Arbeitgebern, die die Differenz zwischen Maurern und Zimmerarbeitern beseitigen wollen und zum Schluß Finanzierung des Streiks.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit beschlossen, daß die Mitglieder der Bauausführungs-Genossenschaft nicht in den Streik treten sollen. Abgelehnt wurde dagegen, die Arbeit bei den Unternehmern aufzunehmen, die die Forderungen der streikenden Bauarbeiter bewilligen wollen. — Ueber die Frage der Finanzierung des Streiks kam man überein, daß eine Kommission gebildet werden solle, die mit den in Arbeit stehenden Mitgliedern der Bauausführungs-Genossenschaft die Summe vereinbaren soll, die die Mitglieder an die Streikkasse abführen sollen.

„Zugelassene" Ueberschreitung des Achtstundentages.

Im Jahresbericht der Preußischen Regierungs- und Gewerberäte und Bergbaubehörden für 1920 findet man eine interessante Statistik über Ueberstunden. Folgende Zahlen bitten wir zu beachten:

Im Jahre 1920 wurde Ueberarbeit bewilligt 2080 Betrieben. Durch den Demobilmachungskommissar wurden 1393 und durch den Gewerberat 1018 Bewilligungen erteilt. Zurückgewiesen wurden nur 233 Anträge auf Ueberstundenbewilligungen.

In den bewilligten Betrieben waren beschäftigt 130 900 Arbeiter über 16 Jahre, 89 170 Arbeiterinnen über 16 Jahre und 9527 Jugendliche

Bis zu 1	Stunde täglich wurden	379	Bewilligungen erteilt
„ „ 1½	Stunden „ „	215	„ „
„ „ 2	„ „ „	1529	„ „
Ueber 2	„ „ „	258	„ „

Wenn durch das offene Vorgehen der Leunawerke die Arbeiterschaft plötzlich eine akute Gefahr erkennt, so beweist diese amtliche Statistik, die sicher nicht im Interesse der Wahrheit übertrieben ist, daß die Durchbrechung des Achtstundentages eine chronische Krankheit für das Proletariat bedeutet. Die Organe zur Ueberwachung der sozialen Gesetze haben, wie vorstehende Zahlen beweisen, zugunsten der Unternehmer sabotiert.

Hat der ADGB. das nicht früher bemerkt? Was sagt der dazu? Es erscheint jedenfalls sehr sonderbar, daß erst heute in vielen Gewerkschaftsblättern Artikel erscheinen, „der Achtstundentag ist in Gefahr".

Außer dieser Notiz, die wir dem „Kommunistischen Gewerkschafter", Nummer 41, entnehmen, enthält derselbe eine Anzahl lehrreicher Artikel und Notizen.

Der „Kommunistische Gewerkschafter" entwickelt sich mehr und mehr zu einem wirklichen Spiegel der deutschen Arbeiterbewegung, und die dauernd steigende Auflageziffer beweist, daß der sachliche klare Inhalt seine Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht verfehlt. Wir wünschen ihm jedenfalls weitere Erfolge.

Außerdem enthält die Nummer 41 noch die monatliche Beilage „Der Kommunistische Genossenschafter", die auch der dringendsten Beachtung empfohlen werden kann.

12000 Metallarbeiter ausgesperrt.

Wie das „Ruhr-Echo" mitteilt, sind am 25. Oktober auf den Werken des Bochumer Vereins 12 000 Mann ausgesperrt worden! Die wenigen tausend Arbeiter, die noch im Betrieb stehen, sollen voraussichtlich ebenfalls auf die Straße fliegen. Als Grund wird von seiten der Direktion Strommangel angegeben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser erneute gewaltige Vorstoß in der Schwerindustrie nichts anderes bezweckt, als eine gewaltige Position der Arbeiterschaft zu entreißen und in die Arbeiterfront eine Bresche zu schlagen, um weiter auf der ganzen Linie Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können.

Der Kampf der thüringischen Metallarbeiter.

Schnell hat es sich gezeigt, daß das Abkommen von Weimar, durch das man den Kampf der thüringischen Metallarbeiter zu beenden hoffte, für die Unternehmer nichts anderes war, als in hinterlistiger und brutaler Weise erneute Vorstöße gegen die Arbeiterschaft zu unternehmen, die zum Ziele hatten, das Proletariat der thüringischen Metallindustrie an Händen und Füßen gefesselt und wehrlos dem Unternehmertum auszuliefern. Während bei den Verhandlungen mit keinem Wort davon die Rede war, verlangen die Unternehmer jetzt Auflösung und Neuwahl der Betriebsräte, ja sogar ihre teilweise Entlassung, und auch die Vorstände der Betriebskrankenkassen sollen aufgelöst werden. An vielen Stellen hat das Unternehmertum Aufnahmebedingungen gestellt, die eine wesentliche Einschränkung der bisherigen Rechte der Betriebsräte enthalten, sowie eine außerordentliche Verschärfung der Arbeitsordnung. Noch dazu behält sich das Unternehmertum die Auswahl der wiedereinzustellenden Arbeiter vor.

Unter diesen Umständen ist der Kampf der Metallarbeiter in ganz Thüringen von neuem entbrannt. In Gotha, Erfurt, Eisenach, Suhl, Ruhla und vielen anderen Orten wurde der Streikbeschluß fast einstimmig gefaßt. Zwischen der Tarifkommission und dem thüringischen Ministerium haben Verhandlungen stattgefunden, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Schüsse gegen Streikposten.

Während die Arbeiterschaft von Ruhla durch die Maßnahmen der Metallindustriellen und durch die Bereitstellung der Technischen Nothilfe ohnehin schon erregt war, wurde am 24. Oktober von der Villa eines Fabrikanten aus auf einen Streikposten geschossen. Unter den Arbeitern des Ortes herrscht eine furchtbare Erregung. Sie fordern strenge Untersuchung und Bestrafung des Schuldigen, sowie Entfernung der Technischen Nothilfe.

Die Kommunen für die streikenden Metallarbeiter.

Die Gemeinde Schwarza hat in der Gem[illegible]vertretersitzung auf Antrag der Kommunisten 8000 Mark, u[illegible] die Gemeinde Bensshausen ebenfalls auf Antrag der Kommunisten 6000 Mark zu Unterstützungszwecke für die kampfenden Arbeiter bewilligt.

Die Fraktion der KPD. im Suhler Stadtparlament hat in der gestrigen Sitzung erneut 50 000 Mark zu Unterstützungszwecke der streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter bewilligt.

Lohnkämpfe im Reich.

Steinarbeiterstreik. Nach einem Bericht des „Steinarbeiter" stehen gegenwärtig die Arbeiter in Groß-Rungendorf, Ober-Beilau, Stuttgart, Grunersdach und im Mühlthauer Schleifereibezirk im Ausstand. Ebenfalls gesperrt sind nach dem gleichen Organ die Orte Ebbenbüren in Westfalen, Frankfurt a. M., Höchst und Offenbach a. M., ferner Ostfriesland, Papenburg, Egerbach und Umgebung in Baden. Nach dem Ruhrsandsteinbezirk, nach dem Basaltwerk „Heiligenmühle", Bielefeld, Herford, Lippe-Detmold, Kresfeld, Stolp in Pommern, sowie einigen Firmen in Derbingen und Osterwald.

Gesamtkundgebung der Transportarbeitertarife im Rheinland. In ganz Rheinland-Westfalen sind die Transportarbeitertarife, darunter auch die der Straßenbahner gemeinsam gekündigt und neue Lohnforderungen erhoben worden. Neben der Lohnfrage spielt diesmal die Bezahlung der Ueberstunden eine große Rolle. Die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Transportgewerbes sind gewill, wenn nötig, gemeinsam in den Kampf zu treten. — Wir glauben, daß bei in dieser Bewegung zum Ausdruck kommende Gedanke, die Lohnbewegungen möglichste breiter Arbeiterschichten gleichzeitig und gemeinsam durchzuführen, ein durchaus richtiger ist und Nachahmung bei allen übrigen Verbänden finden sollte.

Elektrikerstreik in Stettin. Beim städtischen Kraftwerk Stettin sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Wirtschaftsbeihilfe. Hauptursache sind jedoch Differenzen zwischen Verwaltung und Betriebsrat. Die technische Nothilfe ist eingesetzt worden (!).

Porzellanarbeiter-Aussperrung auch in Süddeutschland. Der Kampf in der deutschen Porzellanindustrie umfaßt bis jetzt 150 Betriebe mit weit mehr als 25 000 Arbeitern. Nunmehr hat der Arbeitgeberverband der Porzellanindustrie beschlossen, sämtliche Arbeiter der Porzellan- und Steingutindustrie zu entlassen. Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes hat nach einer Mitteilung des Arbeitgeberverbandes Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium abgelehnt. Eine Porzellanarbeiterkonferenz der süddeutschen Zahlstelle beauftragte den Verbandsvorstand, unbeirrt an den aufgestellten Forderungen festzuhalten.

Gemeinsamer Lohnkampf in Solingen. Der Lohntarif für den unteren Kreis Solingen ist von sämtlichen Gewerkschaften gekündigt worden. Wenn nötig, soll ein gemeinsamer Kampf geführt werden.

Auch hier zeigt es sich, daß in den Gewerkschaften der Gedanke immer mehr Fuß faßt, die Lohnkämpfe gemeinsam zu führen. Ueberall greift die ganz selbstverständliche Einsicht um sich, daß die Arbeiter in der gegenwärtigen Situation um so stärker und machtvoller dem Unternehmertum gegenübertreten können, in je breiterer und geschlossenerer Front sie sich zum Kampfe formieren. Die Zusammenfassung und einheitliche Durchführung der Lohnkämpfe wird jedoch erst dann den Arbeitern einen vollen Erfolg bringen können, wenn alle Gewerkschaften nach diesem Gesichtspunkt operieren, wenn in allen Verbänden nicht mehr die Parole heißt: Lokalisation der Kämpfe um jeden Preis, — sondern Widerstand gegen die Angriffe der Unternehmer und des Staates in geschlossener Abwehr der Arbeiterklasse.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.

Achtung, Zimmerer! Die Bezirkskassierer werden ersucht, mit den Solidaritätsmarken für Sowjet-Rußland spätestens bis 1. November abzurechnen.

Achtung, Metallarbeiter! Dienstag, den 1. November, nachmittags 6½ Uhr, also gleich nach Schluß der Arbeitszeit, Versammlung im „Volkspark". Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen Erhöhung der Teuerungszulage. Die Verhandlungen haben am Donnerstag stattgefunden und werden am kommenden Montag fortgesetzt. Alle Mann müssen erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Neues aus aller Welt.

Ein neues Explosionsunglück.

Breslau, 28. Oktober. Heute früh 5.30 Uhr brach in der Munitionsfabrik in Karlsovitz ein Feuer aus. Das Granatenlager geriet in Brand und explodierte; die Explosionen dauern fort.

Massenstreik in Posen. Die revolutionäre Streikbewegung in Polen geht weiter. So sind jetzt in Posen die Metallarbeiter sowie die Angestellten der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke in den Ausstand getreten.

Die „Amnestie" des Königs von Italien. Aus Turin wird gemeldet: Die lang erwartete Amnestie ist in Turin veröffentlicht worden. Sie trägt aber den Charakter der reinsten Klassenjustiz. Der revolutionären Arbeiterschaft werden nur nichtige Zugeständnisse gemacht. Die politischen Gefangenen bleiben größtenteils weiter in Haft. Das italienische Proletariat wird sich die Befreiung seiner Genossen aus den königlichen Gefängnissen und Zuchthäusern selbst erkämpfen müssen.

Für Rheumatiker und Nervenleidende!

„Vollständige Heilung mit Togal."

Frau B. Hering, Berlin, schreibt u. a.: „Ihr Togal ist ein seltenes großartiges Heilmittel. Ich kann es jedem Leidenden nur empfehlen. Ich litt jahrelang an Rückenschmerzen und Hexenschuß, so daß ich nicht gerade gehen konnte. Bin bei sehr vielen Aerzten gewesen und habe Einreibungen, auch Bäder verschrieben bekommen, habe jedes Mittel, was ich in den Zeitungen las, versucht, auch das berühmte ..... es hat alles nichts geholfen. Ich war schon ganz verzweifelt. Da las ich von Ihrem Togal. Habe es auch versucht und bin vollständig geheilt. Habe drei Fläschchen verbraucht und kann es nur jedem Leidenden empfehlen, weil es sicher und milde wirkt. Sage Ihnen hiermit meinen besten Dank." Ständig eingehende Anerkennungsschreiben bestätigen immer wieder die glänzende Wirkung des Togal bei Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Gicht, sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen. Hervorragende Aerzte verordnen Togal-Tabletten! In allen Apotheken erhältlich. *203

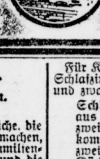
Salem Raucher!

Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuersätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:

Salem Aleikum
Salem Gold

№ 40 rot, 50 grün, 60 orange, 80 gelb
40 50 60 80 Pf. d. St.
Cavalier 80 Pf. Cabinet M 1.25 Pf. d. St.

Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unserer Selbstmehrkosten deckt.



Sie werden durch einen wirklichen Genuß für den Preisaufschlag entschädigt.

„Yenidze"

Wer zahlt!
die höchsten Tagespreise
für 3816
Str.-Wolle, Lumpen, Papier, Knochen,
alle Metalle u. Felle?
Nur
A. Schenkalowski,
Halle a. d. S.,
Krukenbergstr. 23. Telephon 4260.
Hole kostenlos ab.

Oefen
in allen Ausführungen, schwarz und emailliert, zum Heizen und Kochen.
Kochherde, gusseis. Wasch-Kessel,
Rieschels Patent-Gruden.
Christian Glaser,
Gr. Klausstr. 24. 3829 Fernruf 6158

Sämtl. Parteischriften zu haben Volksbuchhandlung

Bitte täglich meine Schaufenster mit
billigen Hutpreisangaben
zu beachten. 4840
AD. KÜNZEL,
Haus der Hüte Spezial-Abteilung für Damen-Konfektion.
Halle (Saale), Leipziger Str. 69.

Raucherdank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise abzugewöhnen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania München R., Waltherstr. 38.

Frauen erwacht!
Fort m. allen Schwindelmitteln, Tees, Tropfen, Tabletten, Apparaten und „weisen Frauen". Lest das Buch vom Frauenarzt Dr. med. Hans Serson. Verb. der Schw. Es befreit euch von Sorgen. Preis mit Porto 7,70 Mk. Nachn. 8,50 Mk. Zu bez. durch Reform-Versand M. A. Nitschke, Roßberg. Postscheckkonto Dresden 13815. *1300

Von Montag mittag an stehen fortw. prima hannoversche **Ferkel u. Läuferschw.** auch ganz große *1304 **Futterschweine** von 80—130 Pfund pro Stück billig zum Verkauf. Gebr. Kohlberg, Halle, Gasthof „Goldene Rose", Rannischestr. 19. Tel. 6842

!! Rheumatismus !!
Ueber einfaches unschädl. Mittel (kein Arzneimittel) gebe kostenlos Auskunft. Frau M. Poloni, *1253 Hannover C. 241, Schließf. 106

Bettnässen. *1224
Befreiung bei Alter u. Geschlechtsangeb. Ausk. erteilt Versandhaus Wohlfahrt, Münch. 34, Wintbrstr. 33.

Gummiwaren
Frauenspritzen, hygienische Neuheit, Menstruationsstrossen.
Preisliste gratis. *1268
Vers. „Germania", Landsberger Str. 5, I. Etg.

Selbstgekochtes Mus
aus Tafelobst zu verkauf
Dryanderstr. 17, 1. r.

Der ermäßigte
Steuerabzug
beim Arbeitslohn und Gehalt nach den am 1. August 1921 gültigen
Uebergangsbestimmungen
u. praktischen Beispielen.
Von Steuerinspektor Hornauer.
Preis 3 Mk. Porto 30 Pf.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42-44.

Kleine Anzeigen in d. „Klassenkampf" haben den besten Erfolg.

Harnröhren-Leidende
werden gegen leichen und permanente Ausfluß das seit lang. Jahren bewährte **Eubalsol** (Dr. Friedrich, ges. geschützt, an. 1 Fl. bei äußerlichen Mitteln 26 Mk., 1 Fl. bei äußerl. Mitteln 16 Mk. Diskrete Verpackung ohne Absender. Beiliegende Broschüre m. zahlreichen Anerkennungen von Ärzten und dankbaren Patienten kostenlos gegen 2 Mk. für Doppelbriefporto in verschl. Kuvert ohne Aufdruck.
Adler-Apotheke, Sommerfeld 118
(Bez. Frankfurt a. Oder)

Bekanntmachung.

betr. Freimachung von Wohnungen.

§ 1.

Inhabern selbständiger Wohnungen mit Küche, die ihre Wohnung im Stadtbezirk dadurch freimachen, daß sie ihre Hausbaltung mit einer anderen Familien- oder Einzelhaushaltung am Ort vereinigen, und die auf die Dauer von 5 Jahren auf Eintragung in die Liste der Wohnungsuchenden vorbehaltlosen Verzicht leisten, kann auf schriftlichen Antrag hin bis auf weiteres aus städtischen Mitteln ein Beitrag zu den Umzugskosten gewährt werden. Die Vereinigung mit der anderen Haushaltung hat in einer der beiden Wohnungen zu erfolgen und darf einen erhöhten Raumbedarf nicht zur Folge haben.

§ 2.

Ein Beitrag zu den Umzugskosten kann bis auf weiteres auch solchen Inhabern selbständiger Wohnungen innerhalb des Stadtbezirks gewährt werden, die ihre Wohnung durch Fortzug nach außerhalb freimachen und auf die Dauer von 5 Jahren auf Eintragung in die Liste der Wohnungsuchenden in Halle vorbehaltlos verzichten. Der Fortziehende hat eine Bescheinigung der Zuzugsgemeinde vorzulegen, daß der Zuzug nicht von einem Wohnungstausch mit Halle abhängig gemacht wird.

§ 3.

Der Beitrag bemißt sich nach der Zahl und Größe der freigemachten Wohnräume, wobei die Küche als Wohnraum zählt.

Sie beträgt im Höchstfall:

a) bei Wohnungsverlegung innerhalb der Stadt: Bei Wohnräumen über 12 Quadratmeter Größe 400 Mark je Wohnraum, darunter 300 Mark
b) Bei Wohnungsverlegung nach außerhalb: Bei Wohnräumen über 12 Quadratmeter Größe 600 Mark je Wohnraum, darunter 500 Mark.

§ 4.

Anträge auf Auszahlung des Umzugsbeitrages sind mit den erforderlichen Unterlagen spätestens 14 Tage vor dem Umzug schriftlich an den Magistrat (Wohnungsamt) zu richten.

Die Auszahlung erfolgt nach Einzug des vom Magistrat (Wohnungsamt) gutgeheißenen neuen Mieters in die freigewordene Wohnung.

Antragsteller hat sich vor Auszahlung der Entschädigung zu verpflichten, die Entschädigung in voller Höhe nebst 6 Prozent Zinsen zurückzuzahlen, sofern er vor Ablauf von 5 Jahren aus unvorhergesehenen Umständen wieder eine selbständige Wohnung in Halle zugewiesen erhalten muß.

Ein Rechtsanspruch auf die Entschädigung besteht nur im Falle der schriftlichen Zusicherung durch den Magistrat im einzelnen Falle.

§ 5.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene sind uns Schlafzimmer- und Kücheneinrichtungen angeboten und zwar wie folgt:

Schlafzimmereinrichtung, bestehend aus einem Schrank, zwei Bettstellen, zwei Nachtschränkchen, einer Waschkommode, einem Wandspiegel und zwei Stühlen zum Preise von . . . 2100 Mk.

Kücheneinrichtung, bestehend aus einem Büfett, einer Anrichte, einem Tisch, einem Rauchmantel und zwei Stühlen zum Preise von . . . . . 1200 Mk.

Die Möbel sind von uns besichtigt und können wir Ankauf nur empfehlen. Gestrichen sind dieselben nicht, sodaß sie jeder Käufer nach seinem Geschmack mit Anstrich versehen lassen kann.

Sangerhausen, den 26. Oktober 1921.

Amtliche Fürsorgestelle
2880 für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Bekanntmachung.

Gemäß § 5 des Stellenvermittlungs-Gesetzes vom 2. Juni 1910 wird den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern nach Anhörung der Beteiligten von heute an bis auf weiteres gestattet, zu den in der Gebühren-Ordnung vom 22. September 1910 angegebenen festen Gebührensätzen einen Zuschlag bis zu 140 Prozent zu erheben.

Die bisherigen prozentualen Gebührensätze bleiben bestehen.

Halle, den 19. Oktober 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Die Schweinepest im Grundstück Schmeerstraße 6 ist erloschen. Die Stallsperre ist aufgehoben worden. 3815

Halle, den 26. Oktober 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Die viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 13. Oktober 1921, betreffend Seuchenfall des Schlachthofes hier, wird aufgehoben.

Halle, den 22. Oktober 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege allen unseren tiefgefühltesten Dank. Besonders Dank den Hausbewohnern und Arbeitern der Firma Zillmann und Lorenz. 3822

Berw. Luise Thiel nebst Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211029-11/fragment/page=0008